

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

216 (16.9.1921)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 P.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 21. Fernsprecher: 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Restamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestelle: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. — schluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Bayern und das Reich — Der Ueberwachungsausschuß und die Münchner Mörderzentrale

Die Bandenführer der Muehlmörder verkehren mit dem Polizeipräsidenten — Eine energische Rede des Reichskanzlers gegen die bayerischen Forderungen

15. Sept. Berlin. Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages berichtete Reichskanzler Dr. Brüning, der bayerische Gesandte habe ihm mitgeteilt, daß das zur Zeit amtierende Geschäftsministerium sich außerordentlich feindlich gegenwärtig mit Berlin weiter Verhandlungen zu führen. Abg. Müller-Franklin wies darauf hin, daß die bis jetzt erfolgten Verhaftungen erwiesen hätten, in welchem Zusammenhang die Angehörigen der Ehrhardt'schen Mörderbrigade zu dem Mord an Erzberger ständen. Im übrigen habe er bestimmte Nachrichten, daß der Hochverräter Ehrhardt in der nächsten Umgebung des Münchener Polizeipräsidenten Pöbner gefangen worden sei.

Hierauf verlas der Reichskanzler ein Schreiben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weismann, vom 14. Sept. 1921, in dem es heißt:

Seltens des Oberreichsanwaltes sind in dem Hochverratsverfahren gegen den Oberst Bauer, Major Bock und Korvettenkapitän Ehrhardt Haftbefehl und Steckbriefe erlassen worden. Alle Bemühungen, der Verfolgung dadurch zu werden, sind gescheitert. Bereits im Spätsommer 1920 wurde mir vertraulich mitgeteilt, daß sich die genannten Kapp-Putschführer in Bayern aufhalten. Bei der Bedeutung dieser Mitteilung und in Erkenntnis der bereits damals bestehenden Schwierigkeiten eines offiziellen Verkehrs mit den zuständigen bayerischen Behörden habe ich zwei Kriminalbeamte mit dem Auftrage nach Bayern geschickt, die Möglichkeit dieser Mitteilung nachzuprüfen. Diese Beamten haben mir berichtet, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe Münchens verhalten aufhalten, daß sie von Männern ihrer Gesellschaft, zum Teil sogar von aktiven bayerischen Polizeimännern durch scharfe Bewachung geschützt werden. Es sei für sie unmöglich, in ihre Schlafstätten einzuschleichen, weil jeder, der sich nähert, mit Feuer empfangen werde. Ich habe alsdann erneut versucht, auf vertraulichen Wege neues zu erfahren. Daraufhin ist mir vor kurzem wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor Hauptmann Ehrhardt und auch die gesamten anderen Kapp-Putschführer sich in der Umgebung von München aufhalten. Hauptmann Ehrhardt gehe im Polizeipräsidium ein und aus. Dergleichen sehe er im Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Noth. Der Oberst Bauer soll nach der gleichen Stelle bis jetzt sich in Subappell befinden. Auch er ist in letzter Zeit wiederholt in München gesehen und dort mit Ehrhardt zusammengetroffen.

Nach einer ausführlichen Rede des bayerischen Gesandten von Bremer stellte Reichskanzler Dr. Brüning fest, in der Hauptsache werde das, was in Bayern an Verletzung gescheit werde, von landfremden Elementen betrieben. Er könne aber die Aufklärung der bayerischen Regierung nicht teilen, daß die ganze Angelegenheit des Ausnahmezustandes zunächst ruhen sollte bis man eine neues Ministerium gebildet habe. Ein Aufbruch könne die Lage unmöglich verbessern. Daß der Ausnahmezustand in Bayern noch auf weite Zeit hinaus erstreckt werden soll, sei für die Reichsregierung unerträglich. Es sei unmöglich, die bayerischen Forderungen in ihrem ganzen Umfange und ohne weiteres anzunehmen. Das Ziel und die Richtung seiner Politik sei die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes. Bezüglich der Verordnung des Reichspräsidenten betonte der Reichskanzler ausdrücklich, daß er die volle Verantwortung übernehme. Die Angriffe der Reichsregierung gegen die Verordnungen seien verfehlt. Wo in einem anderen Lande sei der Opposition, die mit solchen verwerflichen Mitteln und Verhöhnung und Verletzung arbeite, derartige Freiheit gewährt worden wie in Deutschland? Zwei Jahre habe die Reichsregierung diese geradezu dämlichen Aufforderungen zu Gewalt und Mord untätig zugehört, und das sei vielleicht der einzige Vorwurf, den man der Reichsregierung machen könne. Nun aber müsse endlich diesen Anordnungen ein Tamm entgegengesetzt werden. Auch die Verantwortung für das Verbot zum Tragen der Uniform übernehme er vollkommen. Die Uniform des ehemaligen deutschen Soldaten sei zu schade, als daß sie zu Parteizwecken mißbraucht werden dürfe.

Die Geheimbünde der politischen Muehlmörder: der Offizierskomplott

Die „Freie Tagespost“ schreibt unter dem 15. September: Es wird uns von besonderer Seite aus München mitgeteilt: Wenn auch in den offiziellen Verkaufsanzeigen des Volkstreu Telegraphenbüros bis jetzt nicht davon gesprochen wird, so steht es doch schon heute außer Zweifel, daß es sich bei den Mordern an Erzberger um ein weitverbreitetes und gut organisiertes Offizierskomplott handelt; das haben schon die bisherigen Verhaftungen ergeben. Die Verhafteten in München namens Rauffred v. Klinger, Gerhard Kauter, Adolf Hoffmann, Albert Müller, Fritz Otto Heinrich, Karl Schüller und Johann Leue sind sämtliche ehemalige Offiziere. — Auch die in Berlin festgenommenen sind ehemalige Offiziere. — Wir sind in der Lage mitteilen zu können, daß noch weitere Verhaftungen bevorstehen, die die Sensation der bisherigen vielleicht noch übertröffen werden. — Unter Umständen werden auch Offiziere in die Angelegenheit hineingezogen, die im Kriege nicht unbedeutende Stellen in der Armee inne hatten. — Ob die in Frage kommenden Offiziere einer der schon bislang bekannten Organisationen angehören, oder ob es sich um einen neuen Geheimbund handelt, zur systematischen Befestigung maßgebender Politiker der Republik, ist bis zur Zeit noch nicht so weit aufgeklärt, daß eine Veröffentlichung in der Presse in Frage kommen könnte. Die aus dem Kapp-Putsch des Frühjahrs 1920 bekannte Brigade Ehrhardt spielt eine gewisse Rolle, wenn auch eventuell nur insofern, als eine größere Anzahl ihrer Offiziere Mitglieder des Komplotts sind. — Offenbar ist die Zentrale der Organisation in München.

Dabei ist von Interesse festzustellen, daß wahrscheinlich keine Bayern, wenigstens nicht bekannte Persönlichkeiten, daran beteiligt sind, sondern nur Norddeutsche, die das heutige Bayern als gegebene Ort zur Zentrale ihrer Organisation ansersehen haben.

M. München, 15. Sept. (Drahtbericht.) Den vereinten Bemühungen der Münchener Kriminalpolizei und der bayerischen Staatsanwaltschaft ist es gelungen, Klärung in die Verschöpfung zu bringen, der Erzberger zum Opfer gefallen ist. Es handelt sich hierbei um einen der Geheimbünde, die in Bayern von landfremden Leuten gegründet worden sind. Einer dieser Verschöpfungsbünde, der unter dem Namen „Organisation D“ bekannt war, ist durch die Verhaftung der sieben ehemaligen Offiziere aufgedeckt worden.

M. Heidelberg, 15. Sept. Die „Neuesten Nachrichten“ teilen mit: Außer Frage war oder ist noch eine Anzahl weiterer Angehöriger seiner Nachrichtenzentrale verhaftet worden. Einer derselben soll sich Untersuchungen zum Nachteil des Freikorps Oberland haben zustehen lassen. Ueber die Art der Arbeit, die von Ruge und anderen Nachrichtenzentralen berichtigt wurde, schreibt noch immer ein gewisses Dunkel.

Eine scharfe Zentrumskritik an der bayerischen Regierung, an den Deutschnationalen und an nationalistischen Katholiken

Das führende Organ des Zentrums, die „Germania“, schreibt zur Aufdeckung der deutschnationalistischen Mörderzentralen in München:

Welche Zusammenhänge tun sich da auf? Sie müssen für die deutschnationalen Politiker ja von geradezu katastrophaler Wirkung sein, und wie müssen sich heute die Leute fühlen, die sich vor kurzem noch vor Entrüstung nicht fassen konnten, als man von Mörderzentralen in Deutschland sprach. Wie ungeheuer müssen die Wirkungen der neuen Enthüllungen auch auf die bayerischen Politiker sein, die trotz des Belagerungszustandes sich nicht fähig zeigten, solche Verschöpfungserreger auszubreiten. Hat die bisherige bayerische Regierung in ihren Organen Kenntnis gehabt, daß sich in München Verschöpfung aufhielten, hat sie etwas davon gewußt, daß sich Kappisten dort herumtrieben, die Verbrechen gefürchtet wurden? Diese Frage richten wir in aller Offenheit an die Münchener Herren, die dort bisher das Regiment geführt haben und die es nur verstanden, sich nach links als Kretz zu erweisen. Auch die Reichsregierung wird um die Verantwortung dieser Frage nicht herumkommen. Nun sind die Häden bloßgelegt, nun vertritt man, warum die Deutschnationalen sich so sehr für den Belagerungszustand in Bayern erwärmten und warum sie darauf brannen, trotz der Gefahr nicht im Verzuge war, ihn auch in anderen Teilen Deutschlands rasch wieder herbeigeführt zu sehen. Bei dem Belagerungszustand fühlten sich, scheint es, die Kappisten in Bayern sehr wohl. Da konnten sie von verfassungstreuer Seite nicht angegriffen werden, daß sie solche Heilmittel schufen. Die Deutschnationalen sind für diese Zustände in Bayern in erster Linie verantwortlich. Ihre Hauptführer haben dort die politische Atmosphäre geschaffen, haben die bayerische Presse geradezu beherrscht. Das eigentliche bayerische Volk, insbesondere die katholischen Bayern, sind schamlos getäuscht worden, wie es in der Geschichte der Partei nie erhört worden ist, sind doch Parteigruppen, deren Selbstständigkeit einst ihr besonderer Stolz war, im letzten Jahre völlig in die Abhängigkeit von der deutschnationalen Presse geraten. Die Umkehr hat erfreulicherweise eingesetzt, leider insofern zu spät, als Blut schon geflossen ist — in den Wäldern von Griesbach. Wie muß nun die Wirkung auf die Katholiken Deutschlands werden, wenn Einzelheiten über die Zentrale in München bekannt werden, die den Mord ausbeutet? Welche tiefe Verachtung muß insbesondere die Katholiken erfüllen, die in jüngster Zeit, sogar nach dem Mord an Erzberger in das deutschnationalen Fahrwasser hinüberwechselten und wie muß der Kassenjäger in den Katholikenvereinigungen der Deutschnationalen aussehen? Noch ist es möglich auf dem friedlichen Wege einer geordneten Demokratie das deutsche Volk politisch emporzuführen.

Drohender Streik der Angestellten in Frankfurt a. M.

15. Sept. Frankfurt a. M., 15. Sept. Heute Nachmittag fand eine nach Tausenden zählende Kundgebung der kaufmännischen Angestellten im Olympium statt. Der Aufruf war berart groß, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Es wurde beschlossen, in den einzelnen Betrieben Abstimmungen vornehmen zu lassen und falls sich 75 Proz. dafür erklärten, solle am Dienstag in den Generalkonferenz getreten werden. Nach Schluß dieser Versammlung bewegte sich ein 3/4 Stunden langer Zug durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Gieselerpark. Nachdem dort noch einige Reden gehalten worden waren, löste sich der Zug in aller Ruhe auf.

Landbesteuerung und Besitzgrenze

Von Eduard David.

Die Frage, wie die ungeheure Steuerlast verteilt werden soll, die uns durch die Reparationsverpflichtungen aufgezogen wird, droht eine schwere innerpolitische Krise heraufzubehängen. Die Sozialdemokratie und mit ihr alle, die mit Vernunft und Gerechtigkeit an das Problem herantreten, sind der Ueberzeugung, daß die Finanznot des Reichs ohne Zugriff auf die realen Besitzwerte nicht überwinden werden kann.

Die Millionäre rufen die Millionen Kleinbesitzer zum Kampf für das heilige Eigentum auf die Schanzen und hoffen, hinter dem breiten Rücken jener Schatz für ihre angehäuften Reichtümer zu finden. Das wird ihnen dadurch erleichtert, daß bis jetzt ungenutzt viel zu wenig hervorgehoben worden ist, daß die Forderung auf Besteuerung eines Teils der Sachwerte sich nicht gegen das kleine Eigentum richtet, das lediglich der Verwertung der eigenen Arbeitskraft dient, sondern nur gegen das kapitalistische Gewinnerzielung dienende große Eigentum.

Der Genosse und frühere preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun hat neulich auf der brandenburgischen Parteikonferenz auf die Tatsache hingewiesen, daß die seit herige Steuerpraxis die kleinen Landwirte je Hektar ihrer Betriebsfläche viel höher besteuert als die Großgutsbesitzer. Nach einer dem Reichstag am 19. Mai ds. Js. vom Reichsfinanzminister gemachten Mitteilung hat z. B. das Landesfinanzamt Königsberg i. Pr. als Durchschnitt der Jahre 1914 bis 1919 folgende Normalreinerträge für den Morgen (= 1/2 Hektar) als angemessen bezeichnet:

- a) bei kleinem Besitz bis zu 60 Morgen 60—100 M., b) bei mittlerem Besitz von 60—100 Morgen 30—80 M., c) bei großen Betrieben über 100 Morgen 25—60 M.

Danach wurde bei Veranlagung des Reichssteuerbescheides der Bodenwert für die kleinen Besitzer bis zu 1500 M., für die mittleren bis zu 1200 M., für die großen dagegen nur bis zu 1000 M. berechnet.

Mit dieser dem volkswirtschaftlichen Interesse unseres Landes schnurstracks zuwiderlaufenden Steuerpraxis ist schließlich Schluss zu machen. Die Steuerkraft der Flächen-einheit ist im Großbetrieb nicht geringer anzusetzen als im Kleinbetrieb, so daß die Progression der Steuerlast bei wachsendem Einkommen und Besitz ungebrochen zur Geltung kommt. Die Großen mögen ebenso viel je Flächen-einheit herauswirtschaften wie die Kleinen; können sie das nicht, dann mögen sie das Land denen überlassen, die es können!

Das ist eine, die laufende Einkommen- und landwirtschaftliche Besteuerung betreffende Forderung, die wir erheben müssen. Die Masse der kleinen Bauern wird uns dabei freudig zustimmen und unterstützen. Zum zweiten kommt die einmalige Wegsteuerung eines Teiles des Landbesitzwertes in Betracht.

Bei dieser sind die Zwerg- und Kleinbäuerlichen Besitzungen, auf denen in der Regel nur die Arbeitskräfte der Familie des Besitzers, nicht aber fremde Lohnarbeiter beschäftigt werden, freizulassen. Denn hier handelt es sich nicht um den Besitz kapitalistischer Produktionsmittel. Die Höchstgrenze des freizulassenden landwirtschaftlichen Grundeigentums wird man je nach der Bodenqualität zwischen 15 bis 20 Hektar (60—80 Morgen) zu ziehen haben.

Zu schärfstem Zugriff fordern die Flächenbetriebe heraus, zu denen wir alle Betriebe über 500 Hektar rechnen. Sie wirtschaften in der Regel auf größeren Teilen ihrer Fläche ganz extensiv, häufig mit Vorverfen, die ausgedehntem Weidewege dienen. Betriebe über 500 Hektar gab es nach der Zählung von 1907 im damaligen Reich 3498. Sie nahmen aber nicht weniger als 2,55 Millionen Hektar in Anspruch. Darunter befanden sich 369 Betriebe über 1000 Hektar mit einer landwirtschaftlich genutzten Gesamtfläche von nahezu 1/2 Million Hektar.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Zahlen der Betriebsstatistik noch keineswegs die Konzentration des Grundbesitzes in ihrer ganzen Schärfe herausstreifen lassen. Viele großen Grundeigentümer besitzen mehr als ein Landgut, und soweit große Grundherren ihren Landbesitz in kleinen Losen an Bauern verpachtet haben, tritt er in der Betriebsstatistik überhaupt nicht zutage, sondern versteckt sich in der Zahl der Kleinbetriebe.

Prof. N. Conrad hat im Jahre 1888 aus dem Erlenholzschen Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich eine Uebersicht über die Besitzverhältnisse in den 7 östlichen Provinzen Preußens herausgearbeitet. Danach befanden sich die in jenen sieben Provinzen vorhandenen 16406 Güter über 100 Hektar in der Hand von 10978 Besitzern. Während sich nun in der Betriebsstatistik von 100 bis 400 Hektar die Zahl der Betriebe mit denen der Besitzer noch nahezu deckt (5606 Güter auf 5437 Besitzer), gehen die Zahlen der Güter und der Besitzer für die noch größeren Liegenschaften immer weiter auseinander.

In den sieben östlichen Provinzen Preußens gab es damals 1883 Grundeigentümer mit Eigentumskomplexen von über 1000 Hektar. Von der 16406 Großgrundbesitzer gehörten diesen 1883 Magnaten 6455, das sind 39,3 Proz. Li: Gesamtfläche, über die sie verfügten, umfaßte 4916 997 Hektar, das sind nicht weniger als 21,66 Proz. der in Pre.

tracht kommenden Fläche der sieben östlichen Provinzen (17,59 Proz. der Acker- und Wiesenfläche, 36,26 Proz. der Waldfläche). Von diesen 1883 Latifundienbesitzern gehörten 77,4 Proz. dem Adel an.

Besitzungen von 5000 Hektar und darüber gab es 159. Sieht man von dem hier mitgezählten preussischen Domänenfiskus ab, so bleiben 158 Privatbesitzer, die über 1830 Güter mit einer Gesamtfläche von 1 768 046 Hektar (692 250 Hektar Acker und Wiese, 936 388 Hektar Wald) verfügten. Unter diesen Besitzern befanden sich 15 Souveräne und Mitglieder regierender Häuser mit 306 Gütern und 374 733 Hektar Fläche, und 123 sonstige Besitzer aus adligen Häusern mit 1858 Gütern und einer Gesamtfläche von 1 223 116 Hektar. Nur 10 bürgerliche mit zusammen 80 Gütern und einer Gesamtfläche von 82 375 Hektar waren in diese Gruppe von Latifundienbesitzern eingedrungen.

Die 20 größten Landherren besaßen insgesamt 678 Güter mit 588 056 Hektar Fläche (189 393 Hektar Acker und Wiese, 367 190 Hektar Wald); jeder einzelne hatte durchschnittlich fast 34 Güter mit über 29 000 Hektar Fläche!

Im einzelnen ergibt sich dabei folgendes Bild:

Table with 5 columns: Besitzer, Güter, Acker- u. Wiesenfläche, Waldfläche, Gesamtfläche. Lists 20 landowners and their respective land holdings.

In diesen Zahlen veranschaulicht sich die Machtposition der Grundherrenklasse, die das alte Preußen-Deutschland von Ostelbien aus beherrschte. Sie ist auch durch die Staatsumwälzung vom November 1918 in ihrem wirtschaftlichen Bestand nicht erschüttert worden. Und weitere Milliardenwerte sind ihr inzwischen durch die Hochpreisierung aller landwirtschaftlichen Produkte zugeflossen!

In allen osteuropäischen Staaten ist eine gesetzliche Höchstbesitzergrenze für Grund und Boden festgelegt worden, über die hinaus alles Land zu billigsten Preisen oder ganz ohne Entschädigung an den Staat abgegeben werden muß. Die Höchstbesitzergrenzen bewegen sich zwischen 200 bis 500 Hektar. Auch die deutsche Republik sollte diesen Weg beschreiten. Das ist die dritte Maßnahme, um der Finanz-

katastrophe vorzubeugen. Das Reich wird auf diese Weise Großgrundbesitzer auf größtem Maßstab. Zugleich kann es so der ertötenden Wirtschaft auf den Latifundien ein Ende machen durch Weitervergebung des Landes in Heimstättenrecht oder Dauerpacht an bauerliche Siedler, die vorzugsweise aus den Kreisen der Landarbeiter und Kleinbauernsöhne zu holen sind.

Bei einer solchen Finanz- und Agrarpolitik werden wir die gesamte wertvolle Landbevölkerung auf unserer Seite haben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen der steuerlichen Gerechtigkeit und dem volkswirtschaftlichen Fortschritt. Sie sind aber auch notwendig zur Sicherung der sozialen Demokratie. Denn die wirtschaftliche Machtposition der großen Grundherren ist zugleich die stärkste Ursache und Ausfallstelle der monarchistisch-militaristischen Reaktion, von der die schlimmste Gefährdung der deutschen Republik ausgeht. Es ist die höchste Zeit, daß dieses aus der Feudalzeit in das 20. Jahrhundert hineinragende Bollwerk alter Herrenmacht niedergelegt wird.

Der 9. November!

Aus Arbeiterkreisen wird uns geschrieben: Kaum zwei Monate trennen uns noch von dem Tage, an dem vor drei Jahren die Deutsche Republik ausgerufen wurde; aber bis jetzt ist von keiner Seite etwas unternommen worden, diesen historischen Tag würdig feiern zu können. Dem bald zusammenzutretenden Reichstag erwacht hiernit eine Pflicht, die er im Interesse der Republik zu erfüllen hat. Die Zeiten sind gerade recht, um den reaktionären monarchistisch-militaristischen Kräften begrifflich zu machen, daß die übergroße Mehrheit d. s. deutschen Volkes an dem Bestand der Republik nicht rütteln läßt. Dazu ist notwendig, daß der große historische Tag des 9. November als gesetzlicher Feiertag für die Zukunft festgelegt wird. An diesem Tage ruhen alle Betriebe, die Schulen bleiben geschlossen, den Schülern wird die Bedeutung dieses Tages durch gute republikanische Lehrer erklärt in einem kurzen Vortrag, will man noch ein Lebriges tun, so kann man den kleineren Schülern Fährchen mit den republikanischen Farben verabfolgen, wir erziehen dadurch einen Nachwuchs, der für den Bestand der Republik nur von Vorteil sein wird. Bemerk sei noch, daß wir den 9. November als Feiertag nicht deshalb verlangen, um einen Feiertag mehr zu haben, nein, schaffe man dafür irgend einen schon bestehenden Feiertag ab. Das ist uns gleichgültig, aber her mit dem 9. November als gesetzlicher Feiertag.

Die Mergelmord- und Rappistenbrigade

Im Anschluß an die Feststellung, daß die beiden Mörder Erzbergers der Brigade Ehrhardt angehörten, veröffentlicht der „Vorwärts“ einige Mitteilungen über den Geist dieser Truppe, die vor anderthalb Jahren den Kapp-Putsch militärisch inszenierte. Aus einer Schrift „Mit Ehrhardt durch Deutschland“, verfaßt von einem am Kapp-Putsch hauptbeteiligten Ehrhardt-Offizier, zitiert das Blatt folgende Schilderung der Seele des Freikorpsführers:

„In dem Freikorps war „der ewig Deutsche“, der gewöhnliche Typ. Ihn gibt es auf allen Stufen, er ist Seemann, Arbeiter, Amerikafahrer, Handwerksbursche, Bauernbruder. Er läuft hinter der blauen Blume her, hat immer die Musik der Landstraße im Ohr. Zigeuner, Kaderrollen, Raufen und Tanz und fort mit den schmutzigen Geldscheinen, daß andere auch leben können. So war ihre Seele... Eins nur hatten sie mit Landstreichern und Legionären überein, immer nur hinter der Trommel herzuläufen, das Soldatsein als einzigen Lebenszweck anzusehen, sich auf Schiebererei zu freuen.“

Diese Freude an Schiebererei kommt noch besonders in der Enttäuschung der Truppe darüber zum Ausdruck, daß die Regierung sich weigerte, die Hochverräter zur Niederwerfung der Bewegung im Ruhrgebiet zu gebrauchen:

„Wir waren in einem Erregungszustand, daß wir ein Ventil brauchten, und im Industriegebiet hätten wir am besten Dampf ablassen können. Da hatte man doch wenigstens einen Gegner, den man packen konnte... Wir hätten wohl ganze Arbeit gemacht und uns wenig um unsachgemäße Anordnungen von Berlin gekümmert.“

Der „Vorwärts“ geht dann im besonderen auf das Treiben dieser Umfuzzelemente in Bayern ein, und richtet folgende Frage an die regierenden Stellen:

„Wir fragen: Ist es wahr, daß die staatsfeindlich verfochtenen Hochverräter, Kapitänleutnant Ehrhardt und der Oberst Bauer in München bei dem Weiter der dortigen Polizei, dem Polizeidirektor Kochner ein- und ausgegangen sind?“

Diese und andere Fragen werden hoffentlich im Verlaufe der gerichtlichen Untersuchung aufgeklärt werden.

Badische Politik

Die Wahlberechtigung zum Landtag — Alle Reichsdeutschen wahlberechtigt

Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf zum Landtagswahlgesetz zugegangen. Seine wichtigste Bestimmung lautet:

Stimmberechtigt bei den Wahlen zum Landtag, beim Volksvorschlagsrecht und bei der Volksabstimmung sind alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsdeutschen ohne Unterschied des Geschlechts, die im Lande ihren Wohnort haben.

Weiter werden im Landtagswahlgesetz betreffend die Fortdauer der Nationalversammlung die Worte „bis zum 15. Oktober 1921“ durch die Worte „bis zum 30. Oktober 1921“ ersetzt.

Sozialdemokratie und neue Gemeindeordnung

Zu der gegenwärtig im badischen Landtag zur Beratung stehenden neuen Gemeindeordnung, die einen bedeutenden Fortschritt in der Entwicklung unseres Gemeindelebens darstellt, hat die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe Anträge gestellt, um vielleicht noch im Plenum einen Teil ihrer in der Kommission abgelehnten Wünsche durchzusetzen. Vor allem suchen die sozialdemokratischen Anträge, die wir im Landtagsbericht bei der kommenden Abstimmung im Wortlaut wiedergeben werden, zu erwirken, daß die Wahl der Bürgermeister auf die Dauer von 6 Jahren, und zwar unmittelbar durch die Wahlberechtigten erfolgt, daß die Gemeinderatsitzungen grundsätzlich öffentlich sind, daß für gewisse wichtige Fragen die Volksabstimmung für die Gemeinden ermöglicht wird, usw. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion wurde, nachdem Abg. Gen. Ged als Berichterstatter sehr inhaltliche Darlegungen gemacht hatte, durch Abg. Gen. Strobel in gründlichen Ausführungen präzisiert. Wenn auch mancherlei Wünsche der Sozialdemokratie übrig bleiben, so haben wir doch alle Ursache, uns der neuen Gemeindeordnung als Hebel der Weiterentwicklung des gemeindlichen Lebens zu erfreuen.

Soziale Rundschau

Die Teuerungszulagen der Staatsangestellten

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Auf unsere Eingabe an das Badische Staatsministerium wegen Neuregelung der Teuerungszulagen der Angestellten geht uns unter dem 12. September der Bescheid zu, daß das Badische Staatsministerium mit Uebnahme der von der Reichsregierung getroffenen Vereinbarungen über die Teuerungszulage der Beamten, auch solche für die Angestellten zur Auszahlung gelangen werden.

Das Ministerium oder Finanzen habe bereits Vorbereitungen getroffen, damit eine beschleunigte Zahlung für die Angestellten herbeigeführt werden könne.

Parteienossen! Stärkt den Wahlfond!

jurid. Ich hörte, wie sie die Tür ihres Zimmers laut aufschlag — sie war offenbar sehr aufgebracht über mich.

Ich überlegte einen Augenblick und entschloß mich, zu ihr hinüber zu gehen. Willst sie zurückerufen, dachte ich, und alles schreiben, was sie verlangt.

Ich trat in ihr Zimmer und sah sie am Tisch sitzen, die Ellbogen aufgeschlagen, den Kopf in den Händen.

„Hören Sie doch mal...“ begann ich verlegen.

Sie war aufgesprungen und schritt auf mich zu, mit blühenden Augen. Sie legte mir ihre großen Hände auf die Schultern und begann zu flüstern — oder vielmehr mit ihrer Wahnstimmung zu brummen: „Na, was ist denn nun Großes? Was? Es gibt gar keinen Wofel, nein doch... Und auch keine andere Teresa gibt es... Was kann Ihnen denn aber daran liegen, wird es Ihnen gar so schwer, mir die paar Zeilen zu schreiben? Ach, Sie... noch dazu so ein hübscher, blonder Junge! Weder einen Wofel gibt es noch eine Teresa — und ich bin ganz allein da, Ra, und was schadet es denn schließlich!“

„Erlauben Sie“, versetzte ich ein wenig verblüfft, nur diesen Empfang — „was heißt das? Es gibt keinen Wofel?“

„Freilich gibt es keinen! Was schadet es denn?“

„Jesus Maria, was schadet es denn? Es gibt keinen Wofel, schon — und doch gibt es einen! Ich schreibe doch an ihn... Das kommt doch schließlich darauf hinaus, daß er wirklich da ist! Und die Teresa — die bin ich eben selbst, und er antwortet mir und ich schreibe ihm wieder...“

Nun erst ward mir alles klar... und ich hatte ein so schmerzliches, peinliches, beschämendes Gefühl: auf demselben Gauslur, nur drei Schritte von mir entfernt, lebte ein Menschenkind, das niemand auf der weiten Welt hatte bei ihm liebte, herzlich, freundschaftlich begegnet wäre — und dieses Menschenkind war darauf verfallen, sich einen Freund — zu erfinden!

„Sie haben mir, sehen Sie, diesen Brief an Wofel geschrieben und ich habe mir ihn von jemand anders vorlesen lassen, und wenn man ihn mir vorliest, dann höre ich zu und denke, daß es wirklich ein Wofel gibt. Und ich bat Sie dann, mir auch einen Brief von Wofel an Teresa, das heißt eben... an mich zu schreiben. Und wenn man mir solch einen Brief schreiben und vorlesen wollte, wäre ich schon ganz überzeugt, daß es einen Wofel gibt. Und das Leben wäre mir dann um so viel leichter...“

Nun war es also heraus. Eine ganz merkwürdige Geschichte!... Ich schrieb von jetzt an regelmäßig in jeder Woche zwei Briefe, einen von Teresa an Wofel und einen als Antwort von Wofel an Teresa. Namentlich diese Antworten sah ich sehr schön ab. Wenn ich sie Teresa vorlas, hörte sie mich und schluckte — ein ganz merkwürdiges Schlucken, in tiefem Saß. Und dafür, daß ich ihr durch meine Briefe an den Wofel ihrer Phantasie diese Tränen entlockte, stopfte sie mir dann die Löcher in meinen Strümpfen und Hemden.

Drei Monate etwa nach dieser Geschichte sperrte man sie wegen irgend einer Kleinigkeit ins Gefängnis — seither ist sie wahrscheinlich ganz verkommen.

Bolek

Von Magim Gorli

Einer meiner Bekannten erzählte mir eines schönen Tages die nachfolgende Geschichte:

Als ich in Moskau studierte, wohnte ich einmal mit einer von jenen — na, du verstehst schon — auf einem Flur zusammen. Sie war eine Polin, und man nannte sie Teresa. Ich wohnte in einer Dachstube, und ihre Tür lag der meinigen gerade gegenüber. Wenn ich wußte, daß sie zu Hause war, machte ich meine Tür am liebsten gar nicht auf. Bisweilen trat ich sie auf der Treppe oder auf dem Hof, und mehr als einmal sah ich sie betrunken mit glühenden Augen, zerzaust, geradezu widerwärtig grinsend... In solchen Fällen pflegte sie mich anzureden: „Guten Tag, Herr Student, wie geht's Ihnen?“ — und sie ließ dabei ein höfliches Nicken hören, das meine Abneigung vor ihr noch steigerte.

Eines Tages nun — ich lag noch halb angekleidet auf meinem Bett und suchte gerade nach einem Vorwand, um die Vorlesung zu schwänzen — öffnete sich plötzlich die Tür, und diese abscheuliche Teresa rief mit ihrem Haß von der Schwelle her in mein Stübchen hinein: „Guten Tag, Herr Student, wie geht's Ihnen?“

„Was ist Ihnen gefällig?“ fragte ich sie. Ich sehe sie dabei an und bemerkte einen besangenen, gleichsam bittenden Zug in ihrem Gesicht.

„Sehen Sie, Herr, ich möchte Sie um etwas bitten... Tun Sie mir doch den Gefallen!“

Ich liege schweigend da und denke bei mir: „Spitzbübchen! Das ist ein Aktentat auf meine Augen.“

„Ich muß nämlich einen Brief in die Heimat schicken...“ fuhr sie fort, und ihre Worte klangen so flehend, leise schüchtern. „Und den soll ich Ihnen auflesen?“ — „Meinetwegen“ dachte ich, hol dich schon der Teufel!

Ich erhob mich, setzte mich an den Tisch, nahm einen Briefbogen und sagte: „Kommen Sie nur herein — setzen Sie sich dahin und diktieren Sie mir!“

Sie nahm fast ängstlich auf dem Stuhle Platz, nach dem ich wies, und sah mich mit schuldbehafteter Miene an.

„An wen soll denn der Brief gehen?“ fragte ich.

„An Herrn Wolslaw Raschput, in der Stadt Swjenzjansk wohnhaft, mit der Warschauer Bahn...“

„Was soll ich schreiben? Legen Sie los...“

„Mein lieber Wofel! Mein Herz! Mein treuer Geliebter! Wäge die Muttergottes Dich beschützen! Du mein goldnes Herz, warum hast Du schon so lange nicht an Dein Täubchen Teresa geschrieben, die sich noch so nach Dir sehnt?“

Ich wäre am liebsten in helles Gelächter ausgebrochen. Dieses „schmüchtige Täubchen“ von zwölf Zoll Höhe, mit der gepuderten Kiefelfaute und dem schwarzen Schornsteinfegergesicht machte mir einen Heidenpaß.

„Wer ist denn dieser Wofel?“ fragte ich, mit Mühe an mich haltend.

„Wofel, Herr Student, nicht Wofel“, versetzte sie, scheinbar beleidigt darüber, daß ich den ihr so teuren Namen verdrehte. „Wofel ist mein Bräutigam...“

„Ihr Bräutigam?“

„Gewiß doch, mündert Sie das so, Herr? Bin ich nicht ein junges Mädchen? Kann ich nicht einen Bräutigam haben?“

„Gewiß doch“, sagte ich, „kann alles vorkommen. Wie lange ist er denn schon Ihr Bräutigam?“

„Seit sechs Jahren fast...“

„So, so“, dachte ich bei mir.

Wir schrieben nun den Brief — einen so hübschen und gefühlvollen Brief, sage ich Ihnen, daß ich am liebsten selbst an Stelle dieses Wofel gewesen wäre, wenn eine andere als das Himmelmännchen da vor mir ihn an mich gerichtet hätte.

„Grazlichen Dank, Herr, für die Freundlichkeit“, sagte Teresa beim Abschied, „vielleicht kann ichs Ihnen irgendwie vergelten?“

„Nein, ich dankt ergebenst...“

„Wenn der Herr mal ein Hemd oder eine Hose auszubessern hat...“

Ich fühlte, daß dieses Mastodon im Unterrod mich zum Erbrechen brachte und erklärte, daß ich seiner Dienste nicht bedürfte. Sie empfand sich und ging.

Wierochen Tage waren vergangen. Es war abends. Ich saß am Fenster und pfeife vor mich hin. Da freischte die Tür in den Angeln — Gott sei Dank, es kommt jemand!

„Guten Abend! Der Herr sind wohl sehr beschäftigt?“

Teresa — hm — — —

„Beschäftigt? Das gerade nicht... Weshalb?“

„Ich hätte den Herrn sonst gebeten, mir noch einen Brief zu schreiben...“

„So — wieder an Wofel?“

„Nein, diesmal von Wofel...“

„Wa-as?“

„Ach, ich dummes Frauenzimmer! Hab mich falsch ausgedrückt, Herr! Unschuldigen Sie! Diesmal soll der Brief nicht für mich sein, sondern für eine Freundin... das heißt nicht für eine Freundin, sondern für einen Bekannten... Er schreibt nämlich nicht selber... Und er hat eine Braut, die heißt so wie ich, Teresa... Also vielleicht schreiben Sie, Herr, einen Brief an diese Teresa?“

Ich sehe sie an — sie ist ganz verwirrt, ihre Hände zittern, und ihr Blick irrt unruhig hin und her. Ich glaube, ihre Absicht zu erraten.

Ich will Ihnen was sagen, Verehrte“, fuhr ich auf sie los, „es gibt gar keinen Wofel und gar keine Teresa, das haben Sie sich alles aus den Fingern gezogen. Und was mich anbetrifft, so lassen Sie mich nur ungehört, ich will Ihre Bekanntschaft nicht...“

Sie erschrak förmlich, als ich sie anherrschte, und verzog die Lippen in lamischer Weise, als ob sie etwas sagen wollte und es nicht herausbringen konnte.

„Aber Herr Student!“ begann sie — und plötzlich, mit einer abweisenden Handbewegung, machte sie kehrt und ging zur Tür

Die neue Gemeindeordnung vor dem Landtag

Eine Rundgebung zum Erzberger-Wort — Die Ausschussberichte über die neue Gemeindeordnung — Genehmigung der Beamten-Teuerungszulagen — Aussprache über die neue Gemeindeordnung

gr. Karlsruhe, 15. Sept.

Die heute begonnene außerordentliche Tagung des badischen Landtags brachte zunächst eine mit Beifall aufgenommene Rundgebung des Präsidenten Kopf zum Erzberger-Wort, der in Baden bei allen anständigen Elementen stärkste Entzweiung auslöste. Zutreffend konnte der Redner hierbei auf die Ruhe und Ordnung in Baden hinweisen, die, wie die neuesten Meldungen über die Nordorganisation in München zeigen, im bayerischen Ordnungstaat ein abschreckendes Gegenbild aufweisen. Der größte Teil der Sitzung war dann der neuen Gemeindeordnung gewidmet, wobei in deren Beratung die durch die Preissteigerung dringend notwendig gewordene Neuordnung der Teuerungszulagen der Beamten eingeschaltet wurde, die vom Hause einstimmig genehmigt wurden. Die Aussprache über die neue Gemeindeordnung, die nach den Berichten der Abgeordneten Straub, Geß und Lefer einsetzte, ergab die Anerkennung des gewaltigen Fortschrittes der neuen Gemeindeordnung gegen früher. Die sozialdemokratische Fraktion legte in einer Reihe von Anträgen ihre weiteren Wünsche dar, deren Ergebnis die morgige Abstimmung zeigen wird. Mit der vorliegenden Gemeindeordnung steht eine der wichtigsten Fragen unseres Landes zur Verhandlung, deren Verlauf großes Interesse beanspruchen darf.

Sitzungsbericht

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr und begrüßte das Haus nach der sechsmonatlichen Pause. Seitdem hat sich ein Ereignis abgespielt, das große Aufregungen und Folgen mit sich brachte. An einem hervorragenden Politiker, dem Abg. Erzberger, ist ein politischer Mord verübt worden, Abg. Diez ist verwundet worden. Der Mord ist auf badischem Boden verübt worden. Mit allen anständigen Menschen sprechen wir hierzu unsere Entrüstung aus. Wir beurteilen den politischen Mord. Wie heftigen die abgrundtiefste Verwilderung, die bei einem Teile des deutschen Volkes eingetreten ist. Wir sehen an den neuesten Meldungen, daß eine Reihe von Mordtaten vor Augen. Der Schaden des Mordes liegt im Innern und Ausland vor Augen. Die materiellen Schäden dieser Verwilderung sehen wir am Einlen der Valuta. Der Augenblick tritt uns hierdurch immer näher. Der Ruf im deutschen Volk darf nicht noch mehr erweitert werden. Fortgesetzte Arbeit, Ruhe und Ordnung ist nötig zum Aufwärtskommen. Wir haben im Landtag immer sachlich gearbeitet. Ich hoffe, daß auch der Rest unserer Arbeit sachlich erledigt wird zum Segen unseres Vaterlandes. Deß wolle Gott! (Beifall.)

Die neue Gemeindeordnung

Abg. Straub (Str.) berichtet namens des Ausschusses über den allgemeinen Teil der neuen Gemeindeordnung. Der Gesetzentwurf wurde im Ausschuss einer gründlichen Bearbeitung unterzogen und erfährt zahlreiche Änderungen. In der bisher in Baden geltenden Auffassung über das Gemeinwesen und seinen Grundfragen wurde nichts geändert. Man kam dazu, eine gemeinsame Ordnung des Städte- und Gemeinerechts vorzunehmen. Die Gemeinden wurden in 4 Klassen eingeteilt: kleine Gemeinden mit höchstens 200 Einwohnern; mittlere Gemeinden mit mehr als 200 bis höchstens 4000 Einwohnern; große Gemeinden mit mehr als 4000 bis höchstens 15 000 Einwohnern; Städte im Sinne des Gesetzes mit mehr als 15 000 Einwohnern. Erörtert wurde die Frage Magistratsverfassung und Bürgermeistereiverfassung; beide Prinzipien sind voneinander fremd. Man ließ es bei der bisherigen badischen Tradition mit dem Gemeinderat, der bei wichtigen Fragen den Bürgerausschuss bezieht. Man war angesichts der Finanznot auf eine möglichst sparsame Verwaltung der Gemeinde bedacht. Neu ist die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit der Bildung von Zweckverbänden. Bei der Polizei hielt die Regierung den Verbleib der Sicherheitspolizei in der Hand des Staates für nötig. Der Gesetzentwurf soll am 1. Januar 1922 in Kraft treten. Mögen die Gemeinden von dem neuen Gesetze mit seinen großen Rechten weisen, gerechten und vorzüglichen Gebrauch machen (Beifall).

Abg. Geß (Geß.): In der Hauptsache ist nunmehr namens des Ausschusses über die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden zu berichten. Der Ausschuss hielt am System des Gemeinderats und Bürgerausschusses fest, weil es sich bei uns bewährt hat und vollständig ist. Neben den ehrenamtlich tätigen Gemeinderäten können besoldete Gemeinderäte gewählt werden, wenn der Oberbürgermeister überläßt, ist und nicht weitere Bürgermeister gewählt werden. Die Sozialdemokratie beantragt unmittelbare Wahl der Oberbürgermeister für 6 Jahre. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Es wurde beschlossen, die Bürgermeister auf 9 Jahre zu wählen und zwar durch den Bürgerausschuss; abgesehen von den Gemeinden unter 2000 Einwohnern, wofür die Wahl unmittelbar erfolgt. Die Gemeinderäte werden auf 4 Jahre gewählt. Wichtig ist der von sozialdemokratischer Seite gemachte Antrag über die Volksabstimmung bei wichtigen Gemeindefragen.

Abg. Lefer (Dem.) berichtet über die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten und Gemeinbediensteten und beantragt Annahme des Gesetzentwurfs.

Es wird in die allgemeine Beratung eingetreten. Es sind eine Reihe von Anträgen des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten zum Gesetzentwurf eingegangen.

Minister Kemmel:

Zur Einleitung der Aussprache über dieses wichtige Gesetz einige Bemerkungen. Bereits unter dem 15. Juli 1919 begann die Regierung mit ihren Vorarbeiten zum Gesetz, bei dem sie von vornherein kommunalpolitisch an vorderster Stelle stehende Persönlichkeiten beizog. Im Oktober 1919 wurde dann der fertiggestellte Vorentwurf den interessierten Vertretern der Körperschaften zugestellt. Der endgültige Entwurf kamte dann am 20. März 1920 dem Landtag zugestellt werden. Nach Erledigung der ersten Sitzung im Landtag wurde er erneut den Körperschaften vorgelegt, wie sich auch die Presse mit ihm befaßte. Noch selten ist ein Gesetzentwurf zum Abschluß gekommen, der so sehr die Mitwirkung der Beteiligten und der Öffentlichkeit aufwies. Dank Allen, die das Gesetz fördern halfen, wobei neben den Männern der Praxis, die Berichterstatter und Ministerialrat Vender an vorderster Stelle stehen! Das Gesetz weist zahlreiche neue Gesichtspunkte auf. Mit dem Entwurf beabsichtigen wir die Vereinfachung der Gemeindeverwaltung in Baden. Weiter wurde eine Vereinfachung des Gemeinerechts angestrebt. Die Privilegien des Großgrundbesitzes auf diesem Gebiet verschwinden. Die Beanstandung der Gemeindefragen kann nur erfolgen, wenn sie gegen das Gesetz verstößt. Man ist also hier bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Das Gemeinewahlrecht bleibt im wesentlichen das vom Gesetz von 1919, in dem das demokratische Gemeinewahl-

recht bereits verankert wurde. Der Bürgerausschuss wird nach wie vor die kleine Gemeindeversammlung sein; er bildet keine besondere Kammer, wie manche glauben. Die Vorteile der Bürgermeistereiverfassung sind mit dem traditionellen System Badens bestens vereinbar. Eine Neuordnung erfährt die Fürsorge für die Bürgermeister und besoldeten Gemeinderäte. Ebenso ist die Fürsorge für die Gemeindebeamten angestrebt. Wichtiges gilt für die Gemeindeangestellten und Gemeindearbeiter. Hierbei war man um Anlehnung an das Staatsbeamtenrecht bemüht. Man war bestrebt, den Gemeinden auf finanziellen Gebiet so weit als möglich die Erhaltung zu ermöglichen. Eine Änderung erfährt die Frage des Bürgermeisters; man führte ihn auf seinen Zweck als Naturalleistung zurück. Wir sind nicht in der Lage, das Gesetz bereits auf 1. Januar 1922 in Kraft treten zu lassen, da der Termin der Fertigstellung zu spät kam. Es sind noch Vorarbeiten vor allem für die Voranschläge nötig. Ich würde deshalb als Termin des Inkrafttretens des Gesetzes den 1. April 1922 vorschlagen. Möge das Gesetz den Aufbau des Landes fördern. (Beifall.)

Abg. Schneider-Heidelberg (Str.) legt die Auffassung seiner Fraktion dar, indem er bemerkt, daß auch manche Mitglieder seiner Fraktion andere Auffassungen als der Redner haben. Das verfassungsmäßige Selbstverwaltungsrecht kommt im Gesetz zur Geltung. Das neue Polizeigesetz sollte baldigt vorgelegt werden. Wir begreifen es, daß die Staatsaufsicht auf das notwendige Maß beschränkt wurde. Nicht unbedenklich scheint uns, daß mit dem Ausschüssen aus der Partei, auf deren Liste ein Vertreter gewählt ist, das Mandat verloren geht. Wir verlangen, daß die Zahl der Gemeinderatordnen nicht abhängig gemacht wird von der Zahl der Gemeinderäte. Der Einrichtung der Schlichtungsausschüsse gegenüber nimmt meine Partei eine schwanende Haltung ein. Durch die Neuordnung des Bürgermeisters wird kein Unterschied mehr bestehen zwischen den Gemeinbediensteten und den übrigen Einwohnern. Der Gehalt soll nicht über seinen jetzigen Umfang ausgedehnt werden. Grundständig sind wir mit der Neuordnung einverstanden, wenn wir auch einige Bestimmungen nicht billigen. Mit der Annahme der neuen Gemeindeordnung wird Baden als erstes unter den deutschen Ländern seine Gemeindeform zum Abschluß bringen. Wir sprechen hierfür dem Minister des Innern unsere Anerkennung aus. Möge uns das neue Gesetz vorwärts bringen! Um 1 Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittags 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung

Im Eingang befindet sich ein Schreiben des Ministeriums des Innern mit einem Gesetzentwurf über die Besetzung der Körperschaftsbeamten.

Der an den Ausschuss geht. — Weiter ging ein Gesetzentwurf zur Sicherung der einheitlichen Regelung der Besetzungsfrage ein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird gemäß dem Beschluß des Haushaltungs Ausschusses die Änderung des Gesetzes über den Staatshaushalt behandelt. Es handelt sich hierbei um die

Teuerungszulagen für die Beamten.

Abg. Warum (Soz.) berichtet namens des Ausschusses. Der Inhalt des Gesetzentwurfs betrifft die Teuerungszulage der Beamten, worüber wir Einzelheiten an anderer Stelle unseres Blattes bringen. Mit Wirkung vom 1. August 1921 beträgt dem Gesetzentwurf zufolge der Teuerungszulage zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag für die planmäßigen Beamten in der Ortsklasse A 93 vom Hundert, in B 91 vom Hundert, in C 89 vom Hundert, in D 87 vom Hundert, in E 85 vom Hundert. Weiter werden die Teuerungszulagen der außerplanmäßigen Beamten geregelt. Der Teuerungszulage zum Grundgehalt stellt sich zwischen 150 bis 200 vom Hundert, je nach der Ortsklasse. Dem Reichsgesetz zufolge mußten wir die Reichszulagen übernehmen. Bedauerlich ist, daß nicht die gleichmäßige Zulage ohne Rücksicht auf die Ortsklasse erreicht wurde. Doch ist die Spannung verringert worden. Für die außerplanmäßigen männlichen Beamten wurde eine wesentliche Besserung erreicht. Bei den weiblichen Beamten wurde je nach der Beschäftigungsart und Dienstzeit differenziert. Die neuen Teuerungszulagen sind auch maßgebend für die Pensionäre und Hinterbliebenen. Die Teuerungszulagen für die Beamten sollen bereits am 1. September bezahlt werden. Der Jahresaufwand für die Zulagen beträgt 73,2 Millionen pro Jahr. Das Reich hat sich bereit erklärt, den Mehraufwand für die Teuerungszulagen zu übernehmen. Dies ist natürlich eine zweifelhafte Lösung, da damit die Selbstständigkeit des Landes herabgesetzt wird. Momentan gibt es aber keine andere Lösung. Doch muß das Reich Sorge tragen, daß das Land Steuerquellen erhält, um diese Kosten zu decken. Der Haushaltsausschuss beantragt einstimmig Annahme des Gesetzentwurfs. Im Ausschuss wurde auch die Erhöhung der Zulagen für die Weiblichen besprochen, worüber demnächst eine Vorlage kommt.

Die Abstimmung über die Teuerungszulagen.

Der Gesetzentwurf wird in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der

Beratung der Gemeindeordnung.

Abg. Strobel (Soz.):

Das Reformbedürfnis der bisherigen Gemeindeordnung ist nicht neu. Die Gemeinden haben als Vollzugsorgane des Staates größte Bedeutung. Das Gemeinrecht hat in der Geschichte sehr häufig gewechselt; bald herrschte Selbstverwaltung, bald Staatsverwaltung. Lange Zeit war

die Arbeiterschaft

von der Gemeindeverwaltung ausgeschlossen. Es bedurfte erst eines anstrengenden Kampfes der Sozialdemokratie, um der Arbeiterschaft den Eingang in den Gemeinderat zu verschaffen. Die Sozialdemokratie befaßte sich deshalb mit Recht das auch in der badischen Gemeindepolitik herrschende Klassenwahlrecht. Teilerformungen mußten vorgenommen werden. Die letzte Reform erfolgte 1910 ohne Befragung der beteiligten Gemeindefunktionäre. Sie war unzulänglich, weshalb eine grundlegende Reform unumgänglich wurde. Die sozialdemokratischen Forderungen waren vor allem Beseitigung des Klassenwahlrechts, Frauenwahlrecht, direkte Wahl der Bürgermeister auf 6 Jahre, Selbstverwaltung usw. Nach der Revolution wurde sofort das Klassenwahlrecht beseitigt.

Die neue Gemeindeordnung

hält fest, was sich bewährt hat, wenn auch im Lande gewisse Strömungen gegen den Bürgerausschuss bestehen. Wenn auch Wünsche offen bleiben, so erfüllt das vorliegende Gesetz doch eine Reihe sozialdemokratischer Forderungen. Soweit die Vereinfachung der Gemeindeverwaltung in Betracht kommt, so erfüllt das Gesetz unsere Wünsche. Das wichtigste sind die be-

schließenden Ausschüsse und die Dringlichkeitsausschüsse, die eine große Verbesserung bedeuten und ein schnelles Handeln ermöglichen, was den Gemeinbewohnern zugute kommt. Hinsichtlich des Selbstverwaltungsrechtes können den Gemeinden mehr politische Aufgaben übertragen werden, die Rechte des Bürgerausschusses werden erweitert und die Staatsaufsicht wird stark reduziert. Die Entziehung des Mandates bei Gewählten, die aus einer politischen Partei austreten, ist notwendig aus politischen Meinlichkeitsgründen. Die besoldeten Gemeinderäte werden zur Demokratisierung der Gemeinden beitragen; in Mannheim hat sich diese Einrichtung gut bewährt. Wir begrüßen die Ruhegehaltsregelung usw. Wenn auch nicht alle Wünsche der Gemeindebeamten erfüllt wurden, so wird sich manches noch aus der Praxis regeln. Zu begrüßen ist, daß gegen jene Gemeinderäte, die das Gemeinwesen schädigen, Klagen auf Schadenersatz eingereicht werden kann. Ein Reihe von Vorschriften des Gesetzes sind

unbefriedigend,

weshalb wir Abänderungsanträge stellen. So finden wir es nicht gerecht, daß für das Wahlrecht ein sechsmonatlicher Wohnsitz verlangt wird. Denn heute sind viele Leute gezwungen, ihren Wohnsitz zu ändern. Da es uns im Ausschuss nicht möglich war, diese Bestimmung ganz zu beseitigen, beantragen wir die Frist auf drei Monate herabzusetzen. Der Abjatz, daß die Soldaten kein Wahlrecht haben, hat unseres Erachtens nichts in der badischen Gemeindeordnung zu tun; wir beantragen deshalb den Strich. Ferner stellen wir den Antrag auf direkte Wahl der Bürgermeister und zwar auf 6 Jahre, statt der vorgelegenen Wahl durch den Bürgerausschuss. Nicht zeitgemäß ist auch die Forderung, daß einer der Bürgermeister, und zwar derjenige, der die Polizei leitet, die Wahl zum Richteramt haben muß; doch ist es nicht notwendig, dies gesetzlich festzulegen. Die Bestimmungen über die Befugnisse des Oberbürgermeisters sind sehr weitgehend und können leicht zu Ueberforderungen führen. Die Praxis regelt diese Dinge von allein viel besser. Bedauerlich ist, daß unser Antrag auf Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen keine Annahme im Ausschuss fand. Wir stellen deshalb den Antrag, daß die Gemeinderatsitzungen grundsätzlich öffentlich sind, soweit nicht besondere Rücksichten entgegen stehen. Dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden steht entgegen, daß bei Schulfragen usw. die Mitwirkung der Lehrer, Geistlichen usw. im Gesetz festgelegt wird, was eine starke Beschränkung des Gemeinderats bedeutet. Selbstverständlich wird man Lehrer und Geistliche in die Schulausschüsse usw. wählen; aber die gesetzliche Festlegung führt zu Unzulänglichkeiten. Denn wenn man derartige Dinge festlegt, so müßte man auch festlegen, daß die Vertreter der Arbeitsämter usw. in entsprechende Ausschüsse hineinkommen. Damit käme jedoch der Wille der Wähler nicht mehr zur Geltung. Auch der Gemeindeverband sprach sich gegen diese Vorvorschrift aus. Ein neuer Antrag meiner Fraktion fordert für wichtige Vorgänge im Gemeinleben die Möglichkeit der

Volksabstimmung im Gemeinleben

Denn diese ist von größter Bedeutung für das soziale Leben der Gemeinden. Ein weiterer Antrag meiner Fraktion betrifft einen Wunsch der Ratsfreier und die Forderung auf eine existenzfähige Bezahlung der Gemeindebeamten. Wir verlangen einen angemessenen Gehalt für die Gemeindebeamten, woran keinerlei Bedingungen geknüpft werden dürfen. Meine Fraktion wünscht prinzipiell die Beseitigung des Bürgermeisters und dessen Uebergang an die Gemeinden. Leider konnte man sich hierzu nicht entschließen. Der jetzige Zustand des Bürgermeisters stellt ein Unrecht dar. Bezeichnend ist es, daß der Graf v. Bodman auf Bodman mit mehreren Häusern auch mehrere Bürgermeistern hat. Die gesetzliche Regelung stellt immerhin eine Besserung gegenüber dem bisherigen Zustand dar. Mit dem Antrag des Zentrums, daß über die Entscheidungen des Stadtrats der Verwaltungshof angerufen werden kann, kann leicht Mißbrauch getrieben werden, da es sich hierbei um Polizeifragen handelt, so daß leicht ungeschätzte Streitigkeiten um Kapitalien entstehen. Die neue Gemeindeordnung bringt, alles in allem betrachtet, große Verbesserungen, wenn auch nicht alle unsere Wünsche erfüllt wurden. Dürftig stimmt die Finanznot die Städte als Folge des verlorenen Krieges. Wenn das neue Gesetz in sozialem Geiste durchgeführt wird, wird es seiner Aufgabe gerecht als Baustein zum Wiederaufbau des Landes (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Die jetzige Gemeindeordnung hat in jeder Hinsicht sehr wenig mehr gemein mit der Gemeindeordnung von 1831. Weniger groß ist der Unterschied gegen die zuletzt bestehende Gemeindeordnung von 1910. Doch entfernt sich der Entwurf weit vom bisherigen Recht. Die bewährten Grundlagen der bisherigen Gemeindeordnung wurden aber beibehalten, was sich aus dem Fortbestehen des Bürgerausschusses ergibt. Daß die Gemeinderäte dem Bürgerausschuss angehören, das ist das Geheimnis, weshalb sich unsere Gemeindeverwaltung bewährt. Gerade die Magistratsverfassung stellt ein Zweikammersystem dar. Wir können mit dem, was wir haben, vollauf zufrieden sein. Denn unser System ist in Wirklichkeit ein Einkammersystem. Eine Besserung bedeutet die Neuordnung der Ortspolizei. Einen Fortschritt bedeuten die besoldeten Gemeinderäte. Die Staatsaufsicht wurde erheblich eingeschränkt; ganz auf sie verzichten kann man nicht. Die Schlichtungsausschüsse müssen berechtigt sein, sich über die Gemeindefragen hinwegzusetzen. Doch darf ein gewisser Rahmen über ihre Kompetenz nicht überschritten werden. Die Gemartungsfrage birgt gewisse Schwierigkeiten in sich. Wegen den zwangsmäßigen Verlust des Mandats beim Ausscheiden aus der Partei, auf deren Seite er gewählt wurde, bestehen gewisse Bedenken. Den sozialdemokratischen Antrag, die gesetzliche Festlegung der Beziehung von Lehrern und Geistlichen zu gewissen Ausschüssen zu streichen, lehnen wir ab. Dagegen sind wir gegen den Zentrumsantrag, der die Beziehung der Lehrer und Geistlichen in eine Wahlvorschrift verwandelt. Der von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Ermöglichung von Volksabstimmungen über Beschlüsse des Bürgerausschusses können wir nicht zustimmen. Dem sozialdemokratischen Antrag auf direkte Wahl der Bürgermeister auf 6 Jahre können wir ebenfalls nicht zustimmen. Die Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen ist unzulässig. Möge das Gesetz dem Wiederaufbau des Reiches dienen.

Abg. Mager (D.M.): Die frühere Gemeindeform bewahrte ihre Entstehung dem Ziel, die alte Gemeinde- und Städteordnung der Zeitenströmung entsprechend weiter zu fördern. Die vorliegende Gemeindeordnung ist dagegen aus dem Geist der heutigen Zeit und deren System entstanden. Die Forderungen sind nicht ausgeglichen. Wir sind daher vom Gesetz nicht enttäuscht. Wir haben am Gesetz mitgearbeitet. Doch können wir die Verantwortung für das Gesetz nicht übernehmen. Gegen eine Reihe Bestimmungen des Gesetzes haben wir Bedenken. Wir beantragen, daß für das Wahlrecht der Wohnsitz ein Jahr betragen muß. Dies ist auch in Bayern vorgeesehen. (Zwischen-

ruf bei den Sozialdemokraten: Ihr Idealstaat! Eine Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Gemeindebeamten behagt uns nicht. Wir haben genug Berufspolitiker und wollen keine Berufsgemeinderäte. Beim Bürgernutzen hätte die Tradition besser gewahrt werden sollen. Meine Fraktion wird wie im Ausschusse dem Gesetze zustimmen.

Nächste Sitzung: Freitag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Die neue Gemeindeordnung.

Schluß der Sitzung: 7.45 Uhr.

Die neuen Teuerungszulagen der Beamten

In der gestrigen Landtagsitzung ging dem Haus folgender Entwurf eines Gesetzes über den Nachtrag zu dem Gesetze über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1920 und 1921 zu. Demzufolge gestalten sich die Teuerungszulagen der Beamten wie folgt:

Mit Wirkung vom 1. August 1921 beträgt der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag für die planmäßigen Beamten:

in der Ortsklasse A 93 vom Hundert	B 91	C 89	D 87	E 85

Vom gleichen Zeitpunkt an erhalten zu ihrem bisherigen Dienstverdienst neben Teuerungszuschlag: die männlichen außerplanmäßigen Beamten einen weiteren Teuerungszuschlag in der Höhe, daß ihr Dienstverdienst neben Teuerungszuschlag das Dienstverdienst neben Teuerungszuschlag eines planmäßigen Beamten der ersten Befoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht, die weiblichen außerplanmäßigen Beamten einen im Verhältnis zu den bisherigen Vergütungssätzen stehenden weiteren Teuerungszuschlag bis zur Erreichung eines Gesamtbeitrages, wie er sich unter Zugrundelegung des Teuerungszuschlags für die planmäßigen Beamten sowie des Ortszuschlags für die erste Befoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe ergeben würde.

Der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen beträgt vom 1. August 1921 an:

in der Ortsklasse A	90 vom Hundert
in der Ortsklassen B und C	175
in der Ortsklassen D und E	150

Dem badischen Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Forstgesetzes vom 15. November 1883 zugegangen. Demzufolge soll der Absatz 2 des § 6 des Forstgesetzes vom 15. November 1883 (Regierungsblatt 1884 Seite 5) folgende Fassung erhalten: Die Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die ihre Waldungen durch staatliche Forstbeamte bewirtschaften (besördern) lassen, zahlen hierfür an die Staatsverwaltung einen jährlichen Beitrag, der für jeden Haushaltszeitraum im Staatsvoranschlag festgesetzt und für je 100 M des jedesmaligen Steuerwertes der bewirtschafteten Waldungen berechnet wird; als Steuerwert der Waldungen ist derselbe Wert zugrunde zu legen, der für die staatliche Grundsteuer gilt. Der Beitrag ist abfällig auf 1. Oktober an die für den Sitz der Waldbezügler zuständige Domänenkasse zu bezahlen. Der Absatz 2 Satz 2 des § 90 b des Forstgesetzes erhält folgende Fassung: Der Waldbesitzer hat insbesondere den in § 6 Absatz 2 für die Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts vorgesehenen Beitrag zu bezahlen. Dieses Gesetz soll mit dem 1. April 1922 in Kraft treten.

Dem Landtag ging eine Reihe Gesuche zu. Zahlreiche Petitionen betreffen die Ortsteileneinteilung, das Wohnungsbauwesen und das Grundbesitzvergehen. Weiter liegen Gesuche der Vereinigung der Sekretariatsvorkämpfer der Grundbuchämter der Städteordnungsstädte Badens, die Vereinfachung des Verfahrens bei den Gemeindegrundbuchämtern betr.; des Landesverbandes des Bundes deutscher Militärärzte Karlsruhe mit Entschickung des Kasseler Landtags 1921 wegen Gleichstellung der Militärärzte mit den Beamten aus anderen Berufsständen; des badischen Lehrerbundes, die Neuordnung der Teuerungszulagen für außerplanmäßige Beamte und Beamtinnen (hier Lehrer und Lehrerinnen) betr.; der Handelskammer für den Kreis Freiburg i. B., der Übergang der bisher in Baden bestehenden orthopädischen Werkstätten an eine Berliner Gesellschaft m. b. H. betr.; der Handwerkskammer Freiburg i. B. Antrag zum Schutze der badischen Chirurgie-Mechaniker und der badischen Orthopädie-Schuhmachermeister betr. Ferner gingen ein Petitionen von Siegenbüchsevereinen um Unterstützung zur Beschaffung von Kraftfuttermitteln; der Versorgungskrankten des Versorgungskrankenhauses Mühlheim i. B. wegen Regelung des Taschengeldes der Versorgungskrankten; des Gemeinderats und der Bauingenieurvereine Besseneck um Gewährung staatlicher Baubehelfen für die Bauperiode 1920.

Von der badischen Zahnärztekammer ging ein Schreiben ein, worin sie ihr Gesuch vom 28. April 1921 betr. Aufhebung der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 29. März 1920 zurückzieht. Der Zentralverband der Gemeindebeamten petitioniert bezüglich dem Vollzug des Gesetzes vom 9. Juni 1920, die Befolgung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten hier die neue Gemeindeordnung betr.

Der Gesuchentwurf über die religiöse Erziehung der Kinder, ist, wie das Justizministerium dem Landtag mittelst, zurückgezogen worden, weil die Frage durch Reichsgesetz einheitlich geregelt wird.

Antisemitisches

Daß die Juden an allem schuld sind, ist von alters her für jeden engstirnigen Bogromprediger feststehende Tatsache gewesen. So wie im Mittelalter den Juden die Schuld an allem Unglück, an Krieg und Pestilenz zugeschoben wurde, um sie dafür büßen zu lassen, so gibt es auch heute noch Leute, denen die Behauptung nicht zu dumm ist, daß die Juden den Weltkrieg verschuldet haben. Den Nachweis hierfür zu versuchen, ist das Verdienst des Herrn Stadtpfarrers W. Götz in Heidelberg. In der Halbmonatschrift „Deutsche Zukunft“ vom 15. August 1921 veröffentlicht derselbe einen Aufsatz „Zwischen den Mühlensteinen“, in welchem wörtlich zu lesen ist:

„Im Jahre 1897 ward in Basel der 1. Zionistenkongress abgehalten. Wie die „Geheimnisse der Weisen aus Zion“ uns enthüllen, hat damals das internationale Judentum die entscheidende Verschwörung gegen unser Vaterland Punkt für Punkt entworfen, wie sie von 1914 an bis zur Gegenwart sich völlig programmatisch abgewickelt hat. „Es ist wesentlich für uns, es so einzurichten, daß es in allen Ländern neben uns nichts als nur ein gewaltiges Proletariat gibt.“ So steht es im Protokoll der „Weisen von Zion.“

Gestützt auf diese Quelle verkündet der Herr Stadtpfarrer Götz folgenden Grundgedanken: Das „internationale

Die wahren Ursachen des Eisenbahndefizits

Von dem Deutschen Eisenbahnerverband — Bezirksleitung Baden — wird uns geschrieben:

Die bevorstehende Erhöhung der Eisenbahnerpersonals- und Frachtarzts gibt den rechtsstehenden Presseerörterungen, besonders derjenigen vom „Sinnese-Kongress“, wiederum die gewünschte Veranlassung, die Tarifherabsetzung auf das Konto der Arbeiter und Beamten abzuwälzen. Die wahren Ursachen werden geklärt, die der breiten Öffentlichkeit gegenüber verschwiegen, um damit den Zweck, das Personal dafür verantwortlich zu machen, zu erreichen.

Während des Krieges wurden an die Eisenbahnen und Eisenbahner die denkbar größten Anforderungen gestellt. Trotz des am Eisenbahnerbetrieb offensichtlich betriebenen Raubbaues, wurde es vermocht, rechtzeitig die notwendigen Ersatzbeschaffungen an Lokomotiven und Wagen sowie die notwendigen gründlichen Reparaturen und Laufunterhaltungen vorzunehmen. Man ging sogar soweit, daß man die Kupferteile aus den Maschinen und Wagen entfernte und der Munitionsfabrikation zuführte. Außerdem wurde schon während des Krieges viel rollendes Material, wertvolle Rohstoffe und Betriebsmittel an die damaligen Verbündeten abgegeben. Nach dem Kriege traf das deutsche Eisenbahnwesen der Friedensbetrag von Versailles mit seinen gewaltigen Materialanforderungen und raute so den letzten Rest der noch einigermaßen guten, leistungsfähigen Betriebsmittel, welche noch vor Abgabe instand gesetzt werden mußten.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung, die schon Monate zurückliegt, sind abgegeben worden: mindestens 3000 Lokomotiven im jetzigen Wert von 3 Milliarden Mark, 6000 Personenwagen im jetzigen Wert von mindestens 1 1/2 Milliarden Mark, 150 000 Güterwagen im jetzigen Wert von mindestens 9 Milliarden Mark, 2000 Gepäckwagen im jetzigen Wert von mindestens 1/2 Milliarden Mark. Nicht eingerechnet sind die vielen tausenden von Wagen und Maschinen, welche teils zerstört, oder überhaupt nicht mehr aufgefunden werden konnten.

Als nun reichlich spät mit den Neuanfassungen und Reparaturen begonnen wurde, hatte man vollauf zu tun, nur das allergeringste zu beschaffen. Die Reparaturziffern waren ins unermessliche gestiegen. Wohin das geführt hat, zeigt die Tatsache, daß der Reparaturstand, allein der Güterwagen in den Eisenbahnerverhältnissen von 24 300 im Jahre 1913 auf 98 000 im Jahre 1919 angewachsen war. Hier sind nicht berücksichtigt die sehr zahlreichen Ausbesserungen in den Privatverkehren. Das fruchtbarste Anzeichen der Reparaturziffern in diesen Verkehren erhellt aus der Gegenüberstellung von 27 863 Güterwagen für die Zeit von Ende 1916 bis 1. Mai 1919, also von einem Zeitraum von rund 2 1/2 Jahren, gegen etwa 20 000, für die Zeit vom 24. Januar 1920 bis 25. April 1920, also nur die Zeit von einem 1/4 Jahr.

Die Ausbesserungskosten für einen Wagen betragen 1919 durchschnittlich 8400 M.; sie betragen aber heute bedeutend mehr und zwar in einzelnen Privatverkehren über 50 000 M. Aber nicht nur allein die Betriebsmittel waren und sind teils sehr hoch in diesem schlechten baulichen Zustand, sondern auch die gesamten Anlagen, der Oberbau, die Bahnhöfe- und Anschlussbahnen bedürfen alle dringender Erneuerung und Instandsetzung. Je mehr man diese Reparaturen hinausschiebt, desto kostspieliger werden sie.

Die Ursache dieser hohen Instandsetzungskosten ist in erster Linie die ganz ungeheuerliche Preissteigerung der Materialien und Rohstoffe. Dabei mußten sich die maßgebenden Kreise der Kriegswirtschaft mit einem schlechten Material begnügen, das zur Folge hatte, daß in Walde natürlich Nachreparaturen nötig wurden. (Ausförmelung von Lagerlegierungen usw.).

Wie die Preissteigerung vor sich ging, möchten wir in einigen Beispielen anführen.

Es sind im Durchschnitt Holz um das 40fache, Eisen um das 35fache, die übrigen Metalle zum Teil noch bedeutend stärker gestiegen. Oberbaumstoffe (Weiden, Schienen usw.) stiegen um das 30fache, Kohlen um das 16-30fache, Farben um das 50fache, Lokomotiven um das 12fache (ein Stück zur Zeit 1 200 000 Mark) und die übrigen Betriebsmittel um das 50fache.

Nachstehende Angaben sind ebenfalls nicht ohne Interesse:

	Es kosteten 1914	pro Tonne	Mai 1920
Formeisen	110.00		362.00
Stahlblech	97.00—99.00		365.00
Unblechblech	97.00—99.00		405.00
Bandblech	115.00—122.00		405.00
Großblech	105.00		470.00
Mittelblech	117.50		553.00
Feinblech 1 Millimeter und mehr	125.00		2385.00
Walzblech	117.50		415.00

Auch die Fertigfabrikate weisen eine dementsprechende Preissteigerung auf:

Die Tonne Eisenbahnschienen kostete 1916 118.00 M., am 1. Mai 1920 375.00 M., die Tonne Gießstahlschienen, zum Vergleich der Eisenbahnschienen, 1913 230.00 M., am 1. Mai 1920 519.00 M.

Angeht es dieser Preissteigerung mag es niemand Wunder nehmen, wenn die Ausgaben die Einnahmen gewaltig überschritten haben, infolge der nicht gleichzeitigen Erhöhung der Eisenbahntarife. Hierzu kommt, daß der infolge der Abgabe verringerte Stand der Fahrzeuge wieder erneuert werden mußte. Es waren vorhanden am 1. 4. 1914 1. 10. 1920

Lokomotiven und Triebwagen	22 591	23 549
Personenwagen	45 020	36 800
Gepäckwagen	12 140	8 800
Güterwagen	495 430	etwa 487 000

Für den Betrieb verfügbar waren am 1. 4. 20 17 516 Lokomotiven, also 5000 weniger als im Jahre 1914 vorhanden waren.

Was die persönlichen Faktoren der Katastrophe unserer Eisenbahnfinanzen betrifft, so werden diese natürlich von den Großkapitalisten, Monarchisten und anderen Eisenbahnerfeinden reiflos der Revolution zur Last gelegt.

Obige Daten werden von der Sinnespresse einfach zu verschweigen versucht oder ins Gegenteil umgewertet. So berichtet es die monarchistische Klasse, die sogenannte „Begehrlichkeit“ der Eisenbahnbeamten, Angestellten und Arbeiter immer und immer wieder in grellen Farben zu schildern. Diese angebliche Begehrlichkeit war, ökonomisch gesehen, nichts anderes, als die Minderleistung des Kapitalzusammenbruchs, der die Kaufkraft unserer Papiermark auf den heutigen Stand von 4-5 ihres früheren Wertes erniedrigte.

Große Aufmerksamkeit muß dem Wertstättewesen zugewendet werden, weil eine Gesundung des Eisenbahnbetriebes nur dann möglich ist, wenn die Eisenbahnerverhältnisse mit ihren Einrichtungen auf der Höhe sind. Leider waren und sind auch heute noch die Eisenbahnerverhältnisse technisch ganz unzureichend ausgestattet, wie auch die geplante Neuordnung des Wertstättewesens, die Modernisierung der Werke sehr lange auf sich warten läßt; es wird viel zu viel Juristerei getrieben. Die maßgebenden „Köpfe“ beschäftigen sich mit Juridikation der Mitwirkung der Betriebs- und Beamtenräte. Eine Demokratisierung und Neuordnung an Haupt und Gliedern tut bitter not. Der Zustand der Deutschen Reichseisenbahnen hatte natürlich einem Teil der Sinnespresse die gewünschte Gelegenheit geboten, um die Eisenbahnen dem Sozialkapitalismus auszuliefern. U. a. wurden Vorschläge gemacht, wenigstens ein gewisses System, Aktiengesellschaften mit Staatsbeteiligung ins Leben zu rufen. Wir alle, die im D.G.V. organisiert sind, sehen es als unsere Aufgabe an, die Reichseisenbahnen als sozialisierte Betriebe nicht nur zu erhalten, sondern sie auch sozial und betriebswirtschaftlich zu einem Musterbetrieb auszugestalten, um so dem bürgerlichen Vorurteil wirksam entgegenzutreten zu können. Aus obigen geht hervor, daß die Ausgaben für Rohstoffe und Materialien um das 20-30fache gestiegen sind, während die Entlohnung der Beamten und Arbeiter kaum um das 8- bis 10fache gestiegen ist zu einer Zeit, in welcher die Kosten der Lebenshaltung sich etwa verdreifacht haben. Die Eisenbahnbeamten und Arbeiter tun gut, aus obigen Angaben und Zahlen zu lernen und die Wege zu gehen, die für sie naturgemäß sind, nämlich festen organisatorischen Zusammenhalt in einer freien Einheitsorganisation, welche Beamte, Angestellte und Arbeiter zur gemeinsamen Abwehr reaktionärer Kräfte vereint, wie dies im Deutschen Eisenbahnerverband der Fall ist.

Antisemitismus ist eine Bewegung, die mit dem Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen der besitzenden und nicht besitzenden Klasse, nicht das Mindeste zu tun hat. Der Antisemitismus entbringt den niedrigsten Motiven wirtschaftlichen Neides und ist nicht auf Verdrängung, sondern auf Unterdrückung gerichtet.

Gewerkschaftliches

Arbeiterfeindliche Mühlenbesitzer

Vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wird uns geschrieben: Wie die Mühlenbesitzer die Arbeiter behandeln ist eine Schande. Zur Vermeidung der Verhältnisse soll wieder einmal eine Stichprobe gemacht werden.

Ein Herr Dr. Sandhoff aus Norddeutschland ist glücklicher Besitzer der Vollmühle in Wiesloch geworden. Derselbe ist kein Fachmann, aber er steht den alten Praktikern in keiner Weise nach. Bei der Einstellung eines Oertermüllers verlangte er, daß täglich 100 Zentner Getreide gemahlen werden müssen, und davon sind 2 Zentner Mehl zurückzubehalten und an seine Adresse abzuliefern. Da der Bad. Müllerbund den Wolllohn auf 12 M festgesetzt hat, so ergibt sich folgende Rechnung:

100 Zentner à 12 M	= 1200.— M
2 Zentner Mehl à 400 M	= 800.— M
Einnahme täglich 2 000.— M oder	
300 Arbeitstage jährlich	600 000.— M

Dazu kommen noch die Abfälle, die doch auch etwas wert sind. An Barlohn bekommen drei Arbeiter täglich höchstens 100 M, macht 30 000 M jährlich. Da Wasserkraft vorhanden, sind die sonstigen Betriebskosten nicht allzuhoch. Nehmen wir aber doch 100 000 M an, so bleibt noch als Gewinn die nette Summe von einer halben Million.

Der Steuerfiskus und die Gerichtsbarkeit hätten hier wohl noch viel zu tun. In keinem anderen Gewerbe ist trotz aller Gesetze die Ausbeutung der Arbeiter und der bedrückte Diebstahl so an der Tagesordnung, wie in der Kundendmüllerei. In aller Öffentlichkeit wird der Mühlentag verdrängt. 24- bis 30stündige Arbeitszeit ist nicht nur bei Herrn Sandhoff, sondern allgemein noch gang und gäbe und anstatt 48 Stunden, müssen die Arbeiter noch 100 und mehr Stunden in der Woche arbeiten, vielfach ohne einen Pfennig Lohn, nur auf Trinkgeld und Diebstahl angewiesen. Da nun der Oertermüller diesen Anforderungen nicht nachkam, so wurde er von Herrn Sandhoff einfach entlassen.

Gibt es hier kein Mittel zur Abhilfe, wird man fragen! Für eine tarifliche Regelung sind die Mühlenbesitzer nicht zu haben. Verbindliche Schiedsprüche sind ihnen ebenfalls Luft. Daraus entsetzliche Klagen werden von Richtern ins unendliche verschleppt. Anzeigen über die Verletzung der gesetzlichen Arbeitszeit finden bei den Polizeibehörden keine Würdigung. Agitationsmaterial, Einladungen zu Versammlungen an die Ar-

beiter kommen meistens nicht an ihre Adresse. Jedes erlaubt sich die Sachen zu andern Zwecken zu verwenden. Die Zustände in der Kundenmüllerei sind also zu einem öffentlichen Vergernis geworden. Die Arbeiter werden ausgebeutet und unterdrückt wie im Mittelalter, die Wählenden überfordert und beschwächt. Wir fragen daher bei der Regierung an: Wie lange sollen die Mühlensarbeiter noch unter diesen Zuständen leiden?

Aus der Partei

Bezirkskonferenz in Bruchsal

Wir machen nochmals auf die am Sonntag, den 18. ds. Mts. um 9 Uhr, im Gasthaus zur „Krone“ in Bruchsal stattfindende Bezirkskonferenz aufmerksam. Den Vorsitzenden der Mitgliedschaften und den einzelnen Vertrauensleuten sind schriftliche Einladungen zugegangen. Jede Gemeinde, jede Mitgliedschaft muß durch eine Delegation vertreten sein. Es gilt zu rufen für den Wahlkampf. Genossen, deshalb auf zur Bezirkskonferenz am Sonntag nach Bruchsal.

Der Bezirksauschuss

Die Parteigenossen und Genossinnen im 4. Landtagswahlkreis

Der Wahlkampf wurde durch den außerordentlichen Parteitag in Durlach eröffnet. Die Vorarbeiten sind soweit getroffen, jedoch mit der Versammlungssituation begonnen werden kann. Die Parteigenossen werden dringend ermahnt, für guten Besuch zu agieren! Kein Mann und keine Frau, welche das zwanzigste Lebensjahr erreicht hat, darf fehlen! Versammlungen sind eines der wichtigsten Aufklärungsmittel neben der Parteipresse. Sorgt dafür, daß die Parteipresse gut verbreitet wird. Ohne das eifrige Studium der Parteipresse ist man in politischen Dingen nicht auf dem Laufenden. Gerade auf die Dummheit der Massen spekulieren unsere Gegner. Die Presse macht die öffentliche Meinung, sagt Stinnes! Deshalb laßt er in immer größerer Zahl Zeitungen auf, um die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen. Das sollten sich die arbeitenden Kreise merken, und ebenfalls dafür sorgen, daß unsere Presse in die letzte Arbeiterhütte kommt. Dadurch leisten wir die beste Vorarbeit für den Aufstieg zum Sozialismus. Über auch in finanzieller Hinsicht müssen unsere Anhänger und Freunde ihre Pflicht tun. Der Wahlkampf kostet Geld, viel Geld. Ueber das verfügen unsere Gegner, während unsere Partei auf die Opferwilligkeit der Massen angewiesen ist.

Wir appellieren daher an den Opfermut und die Begeisterung für unsere heilige Sache und bitten jeden Parteigenossen und Genossin, sowie Freunde des werktätigen Volkes recht dringend, und auch finanziell zu unterstützen. Jeder Vertrauensmann und Vorstand der Ortsvereine hat eine Sammelliste im Besitz und nimmt Gaben entgegen. Wer diese Gelegenheit nicht benützen kann, wende sich direkt an das Parteisekretariat für den 4. Landtagswahlkreis, Jos. Winter, Offenburg, Hauptstr. 27. Die Beiträge werden im „Volksfreund“ und in der „Volksmacht“ regelmäßig quittiert. Die Anhänger der Sammellisten werden gebeten, von Zeit zu Zeit die eingegangenen Beiträge an das Parteisekretariat einzusenden.

Die Kreisleitung für den 4. Landtagswahlkreis
J. A. J. Winter

4. Landtagswahlkreis. Agitationsbezirk Offenburg
- Öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Die politische Lage und die Landtagswahl“ finden am Samstag den 17. und Sonntag, den 18. Sept. in folgenden Orten statt:
 - Konnenweier: Samstag, 17. Sept., abends 8 Uhr, in der „Linde“. Referent: Hauptlehrer Schütz-Rahr.
 - Ottensheim: Sonntag, 18. Sept., nachm. 3 Uhr, in der „Krone“. Referent: Hauptlehrer Schütz-Rahr.
 - Friesenheim: Samstag, 17. Sept., abends 8 Uhr im „Dösch“. Referent: Parteisekretär Winter-Offenburg.
 - Weichenheim: Sonntag, 18. Sept., nachm. 3 Uhr, in der Brauerei „Eintracht“. Referent: Parteisekretär Winter-Offenburg.
 - Oberweier: Sonntag, 18. Sept., abends 8 Uhr, im „Adler“. Referent: Parteisekretär Winter-Offenburg.
 - Mietesheim: Samstag, 17. Sept., abends 8 Uhr, in der „Linde“. Referent: Gen. Jappi-Rahr.
 - Dinglingen: Samstag, 17. Sept., abends 8 Uhr, in der „Linde“. Referent: Steuerinspektor Müngs-Rahr.
 - Gugsweier: Sonntag, 18. Sept., nachm. 3 Uhr, in der „Krone“. Referent: Steuerinspektor Müngs-Rahr.
 - Jell a. S.: Samstag, 17. Sept., abends 8 Uhr, im „Pären“. Referent: Eisenbahninspektor Wirth-Appenweier.
 - Gutach: Sonntag, 18. Sept., nachm. 3 Uhr, im „Löwen“. Referent: Eisenbahninspektor Wirth-Appenweier.
 - Dörritz: Samstag, 17. Sept., abends 8 Uhr, in der „Stadt Straßburg“. Referent: Landtagsabg. Rüdert-Karlsruhe.
 - Luppenau: Sonntag, 18. Sept., nachm. 3 Uhr, in der „Sonne“. Referent: Landtagsabg. Rüdert-Karlsruhe.
 - Busenhausen: Sonntag, 18. Sept., abends 8 Uhr, im „Hirschen“. Referent: Landtagsabg. Rüdert-Karlsruhe.
- Parteigenossen und Genossinnen sorgt für guten Besuch der Versammlungen.

Das Parteisekretariat:
J. A. J. Winter

Zulach, 16. Sept. Morgen Samstag abend findet in der „Krone“ eine Parteiversammlung statt, in welcher Gen. Koch-Karlsruhe sprechen wird. Da ein wichtiges Thema behandelt wird, ist es Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen an der Versammlung teilzunehmen.

Gagsfeld, 13. Sept. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag den 18. Sept., vormittags 9 Uhr, im „Hirschen“ stattfindende Versammlung des Parteivertrages aufmerksam gemacht. Angeht die Wichtigkeit wird um vollständiges Erscheinen sämtlicher Mitglieder gebeten.

Durmersheim, 15. Sept. Am Samstag, den 17. ds. Mts., abends 8 Uhr findet im Gasthaus „Zur Krone“ die Monatsversammlung des Soz. Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom bad. Parteitag in Durlach, 2. Bericht von der Unterbezirkskonferenz in Rastatt. Die Parteigenossen werden gebeten vollständig und pünktlich zu erscheinen. Ebenso werden die Inhaber von Wahlstandslisten ersucht die Listen sowie die gesammelten Gelder mit in die Versammlung zu bringen.

Eszenstein, 13. Sept. Am letzten Sonntag fand hier eine Bezirkskonferenz für den Bezirk Karlsruhe-Land statt. Von den eingeladenen Orten fehlten: Forchheim, Friedrichstal, Leopoldshafen, Hochstetten und Staßfurt. Nachdem Gen. Stadtrat Schwärz in seinem Referat die anwesenden Genossen auf die Bedeutung der kommenden Landtagswahl hingewiesen hatte, fand eine lebhafte Diskussion der aufgeworfenen Fragen statt. Besonders fanden die Ausführungen des Gen. Gaebler-Diedolsheim über das neue Schulgesetz Beachtung. Ferner wurde bedauert, daß von den Bezirksämtern auf die Bürgermeisterämter der Landgemeinden nicht der nötige Druck ausgeübt wird, damit endlich einmal die Monarchenbilder aus den Rathhäusern verschwinden. Aus den Ausführungen sämtlicher Redner konnte man den ersten Willen wahrnehmen, bei der kommenden Wahl alles daran zu setzen, um der Partei zum Sieg zu verhelfen.

Niedelsheim. Am Samstag abend 1/9 Uhr findet im „Dösch“ eine Parteiversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag und der Bezirkskonferenz, 2. Die letzten Vorgänge im Bürgerauschuss. Wegen Punkt 2 erwarten wir, daß sämtliche Mitglieder der Bürgerauschussfraktion anwesend sind, selbstverständlich sollten auch in Anbetracht der Wichtigkeit dieses Punktes alle übrigen Parteimitglieder kommen.

Wählerinnen und Wähler zum Landtag!

Die Sozialdemokratie des Freistaates Baden hat auf ihrem außerordentlichen Parteitag zu Durlach ihre grundsätzliche Stellungnahme im bevorstehenden Landtagswahlkampf festgelegt und die Liste ihrer Bewerber um die zu erneuernden Mandate bekanntgegeben.

Die Wahlen in Baden gehen diesmal unter besonders bedeutungsvollen Umständen vor sich. Von links, ganz besonders aber von rechts stürmen fanatisierte Feinde gegen die republikanische Staatsordnung an: dort die Gläubigen des selbst in der eigenen Heimat kläglich zusammengebrochenen Sowjetsystems, hier die Anhänger des vornovemberlichen Obrigkeitsstaates, die die Monarchie und den Militarismus wieder aufrichten möchten, die Schuldigen an unserem unglücklichen nationalen Unglück.

So schwebt die Republik in der allergrößten Gefahr. Ihr Sturz aber wäre gleichbedeutend mit Bürgerkrieg und dieser mit dem allgemeinen Chaos und damit dem Untergang des Reiches und der deutschen Volksgemeinschaft.

Es gilt also, die Republik zu retten, um die politische und wirtschaftliche Existenz des deutschen Volkes zu sichern und seinen, wenn auch langsamen und mühseligen, Wiederaufstieg zu ermöglichen.

All das ist jedoch nur möglich, wenn Volksvertretungen und Regierungen eine starke Sozialdemokratie aufweisen. Wo dies nicht der Fall ist, waren und sind noch heute fortgesetzt politische Unruhen und schwere Störungen des Wirtschaftslebens an der Tagesordnung. Bayern ist hierfür ein lehrreiches Beispiel.

Der Freistaat Baden mit seinem starken sozialdemokratischen Einfluß in Parlament und Regierung hat im Gegensatz hierzu die kritischen Erntingjahre der Republik nahezu störungslos überstanden und kann sich heute der geordneten Zustände unter allen deutschen Ländern rühmen.

Die Sozialdemokratie ist heute in der demokratischen Republik eine staatsbehaltende Partei im vornehmsten Sinne des Wortes. Sie vertritt jene Politik einer auf Realität abgestellten Mittellinie, auf der sich heute alle zusammenfinden sollten, denen es nicht um eigensüchtige Sonderinteressen, sondern um das Wohl des Volksganges zu tun ist. Der Umstand, daß sie von der äußersten Rechten wie von den linksradikalen gleich gehässig bekämpft wird, beweist die Wichtigkeit ihres politischen Anliegens.

Die Schwächung der Sozialdemokratie würde eine Schwächung der Republik und damit eine Lebensgefahr für unser Volk bedeuten.

Dessen muß sich das badische Volk bewußt werden, wenn die Staatsbürgerpflicht es demnach zu Wahlen ruft. Klarheit und Gleichgültigkeit darf es jetzt nicht geben. Die Schritte, die vor drei Wochen auf der sonst so friedlichen Antriebsstraße fielen, sollten alle Freunde der Republik zu gespanntester Wachsamkeit aufgereizt haben.

Das Wahlergebnis des 30. Oktober muß unter allen Umständen so ausfallen, daß die Politiker, die sich hinter jenen feigen Meuchelmördern verbergen, ihr Spiel von selbst verloren gehen.

In den Wahlversammlungen der nächsten Wochen, noch deutlicher aber in der Abstimmung am Wahltag selbst muß das badische Volk — das Volk des Landes mit der ältesten Verfassung aller Länder des Reiches — ein freudiges und weithin vernehmbares Bekenntnis für die Republik ablegen. Da muß es zeigen, daß es die Zeichen der Zeit versteht, und daß insbesondere seine proletarischen Volksgenossen — Frauen wie Männer, alle jene, die von dem Ertrag der eigenen Arbeit leben, sei es der der Hände oder des Kopfes —, erkannt haben, um was es im Wahlkampf geht.

Das badische Volk, von jeder an der Spitze, wenn es den Kampf für Freiheit und Volkswohlfahrt geht, muß auch jetzt, im Kampfe gegen die politische Reaktion und die sich hinter ihr verbergenden kapitalistischen Interessen, die Fahne wieder vorantreiben.

Alle Mann auf die Schanzen zum Schutze des demokratischen Freistaates, der Grundlage jedes politischen Fortschritts und wirtschaftlichen Aufstiegs! Und vorwärts zum Kampfe für die Befreiung des werktätigen Volkes aus der Lohnnechtschaft des Kapitals!

Es lebe die Republik! Hoch der Sozialismus!

Mannheim, Mitte September 1921.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens:

Blase, Oskar Ged. Sahn, Krämer, Linz, Ribert, Strobel, Trumppfeller, Zimmermann.

Forst (Am Bruchsal), 13. Sept. Bei der letzten Monatsversammlung der Sozialdem. Partei Forst wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, ein kurzfristiges Ultimatum an den hiesigen Gemeinderat zu richten in Bezug auf die Entfernung der auf dem hiesigen Rathaus seitlich noch hängenden Fürstenbilder. Da sich hauptsächlich ein Amtszimmer im Laufe der Zeit in die reinste Ahnengalerie der gefallenen Gaudier verwandelt hatte, wurde die schnellste Entfernung dieser „Ahnengalerie“ verlangt, andernfalls die hiesige republikanische gesamte Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen werde. Dem Gen. Gemeinderat Friedrich wurde die Ueberbringung des Antrags an den Gemeinderat übertragen. Daß dieser Antrag auf guten Boden gefallen ist, geht daraus hervor, daß ein Viertelstunde nach der Gemeinderatsitzung sämtliche Fürstenbilder ins alte Gerümpel geschafft waren.

Obergrombach, 16. Sept. Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus zum „Hirschen“ Mitgliederversammlung des Soz. Wahlvereins statt, wozu sämtliche Mitglieder, Parteigenossen und Anhänger unserer Sache freundlichst eingeladen sind. Da keine besondere Einladung an die Mitglieder ergeht, bitte der Vorstand, daß sämtliche Mitglieder, auch diejenigen, die Referat des „Volksfreund“ sind, dafür sorgen, daß die Versammlung gut besucht wird, da eine wichtige Tagesordnung zu erwarten ist.

Gengenbach, 14. Sept. Sonntag, 18. ds. Mts. vormittags 9 Uhr findet in der Bahnhofrestauration eine Versammlung statt, in welcher der Landtagskandidat unseres Kreises, Genosse Eisenbahninspektor Wirth-Appenweier sprechen wird. Kein Parteigenosse darf fehlen. Auch Freunde unserer Sache sind willkommen.

15. Generalversammlung der Metallarbeiter

2. Verhandlungstag

Jena, 13. Sept.

Der Verbandstag nahm heute den Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegen. Es sind 770 Delegierte anwesend, deren Mandate als gültig angesehen werden können.

Der Verbandstag schritt nun zur Konstituierung. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Haas-Röhl schlug vor, zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten zu wählen. Unter diesen soll nach Ansicht seiner Freunde kein Vorstandsmitglied sein. Der Vorstand stehe in den letzten Wochen im Brennpunkt der Verhandlungen. Da sei es besser, wenn als Vorsitzender kein Vorstandsmitglied fungiere. Malzahn-Berlin (KPD) sprach den Wunsch aus, daß auch den Kommunisten ein Vorsitzender zugelassen würde. Urig-Berlin (USP.) wandte sich scharf gegen den Vorschlag Haas. Wenn man ihm entspreche, bedeute das ein Mißtrauensvotum für den Vorstand. Malzahn (KPD) hält es auch für besser, wenn das Bureau sich aus den Delegierten zusammensetzt. Das bedeute kein Mißtrauensvotum. Ein solches stellten sie sich doch etwas deutlicher vor. Haas (SPD.) stellte fest, daß es erst in den letzten zehn Jahren üblich geworden sei, Vorstandsmitglieder mit der Leitung des Verbandstages zu beauftragen. So wie heute hätte der Vorstand noch nie im Brennpunkt der Verhandlungen gestanden. Die USP. habe ihre Haltung verschiedentlich geändert. Die SPD-Delegierten würden einen bestimmten klaren Standpunkt in allen Fragen einnehmen.

Nach weiteren, zum Teil erregten Geschäftsordnungsdebatten wird mit großer Mehrheit (SPD. und KPD.) beschloffen, daß kein Vorstandsmitglied in die Leitung des Verbandstages aufgenommen werden soll. Urig-Berlin beantragt nun, die Verhandlungen um eine Stunde zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Besprechung zu geben. Die Verhandlungen werden auf 2 Uhr vertagt.

Sofort nach Abbruch der Sitzung hielten die drei Fraktionen Besprechungen ab, um zu der Situation Stellung zu nehmen.

Nachmittagsitzung

Verbandsvorsitzender Dismann eröffnete die Sitzung um 2 Uhr und frag, wer das Wort wünscht, um positive Vorschläge für die Wahl des Bureaus zu machen. Es meldete sich niemand zum Wort. (Große Heiterkeit und Rufe: Haas, Haas!)

Malzahn-Berlin (KPD.): Wir schlagen als Vorsitzenden Straß vor. Öffentlich finden sich noch einige Kollegen Singu (Große Heiterkeit). Haas: Wir sollten doch keine Politik der Sündenböcke machen. Ich schlage namens meiner Fraktion als Vorsitzende Voelker-Röhl und Strobel-Chemnitz vor. Urig: Man kann keiner Fraktion vorschreiben, wem sie ihr Vertrauen geben soll. Wir halten nach wie vor an unserm Vorschlag fest. Brandes: Durch den Beschluß von heute vormittag hat der Verbandstag Mitglieder zweier Klassen geschaffen. Haas: In Stuttgart wurde erklärt, die Generalversammlung sei souverän. Wir haben mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, keine Vorstandsmitglieder in die Leitung des Verbandstages zu berufen, daran hatten wir fest. — Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der drei Richtungen wurde darüber abgestimmt, ob Brandes in die Leitung des Bureaus gewählt werden soll. Die Abstimmung ist zweifelhaft. Die Auszählung ergab Ablehnung des Vorschlages mit 400 gegen 372 Stimmen. Als Vorsitzende werden nunmehr, da die USP. keine weiteren Vorschläge gemacht hat, gewählt: Voelker und Strobel (SPD.) und Straß (KPD.).

Den Vorsitz übernimmt Voelker, der namens der Gewählten unparteiische Leitung verspricht. Es werden dann noch acht Schriftführer gewählt, von denen die SPD. 4, USP. 3 und KPD. 1 Delegierten stellen. Der Verbandstag setzt hierauf verschiedene Kommissionen ein, die nach der Stärke der einzelnen Fraktionen zusammengesetzt werden.

Hierauf wurde die Geschäftsordnung festgelegt. Auf Vorschlag von Haas beschloß der Verbandstag zum Vorstandsbericht drei Rednergarnituren nach der Stärke der Fraktionen mit einer Redezeit von einer Stunde für die erste Garnitur, einer Dreiviertelstunde für die zweite und einer halben Stunde für die dritte Garnitur sprechen zu lassen. Die Kommissionen beantragten Gliederung des Vorstandsberichtes. Das wurde abgelehnt. Die Generalversammlung setzte dann die Tagesordnung fest. Dazu lagen 14 Anträge vor, die eine Erweiterung der vorgeschlagenen Tagesordnung verlangten. Verbandsvorsitzender Dismann erklärte, den Antrag über die Sozialisierungsfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es werden in dem bevorstehenden Reichsbetriebsrätegesetz für die Metallindustrie 4 Sachverständigenreferate behandelt, so daß sich die besondere Behandlung auf dem Verbandstage erübrige.

Ein Antrag Malzahn (KPD.), als Punkt 3 die Fragen: Wirtschaftslage, Arbeitsgemeinschaft, Betriebsräte und die Faktiv bei kommenden Lohnbewegungen auf die Tagesordnung zu setzen, wird gegen die Stimmen der kommunistischen Delegierten abgelehnt.

Malzahn-Berlin gab nun für die kommunistische Fraktion eine schon vorher schriftlich fixierte Erklärung ab, in der gesagt wird: Durch die Ablehnung unseres Antrages hat die Mehrheit der Generalversammlung bewiesen, daß sie einer gründlichen Erörterung der den Verband wie die gesamte Arbeiterschaft interessierenden internationalen Wirtschaftslage aus dem Wege geht. Auch die übrigen zur Tagesordnung gestellten Anträge wurden abgelehnt.

Walzer (KPD.) begründet hierauf zur Geschäftsordnung einen Antrag auf Unterstützung des hungernden Rußlands. Der Vorstand solle beauftragt werden, sofort aus dem Bestand der Hauptkasse pro Mitglied 1 M bedingungslos für die Auslandhilfe zur Verfügung zu stellen. Haas-Röhl beantragte, diesen Antrag der Rechnungskommission zur Beratung zu überweisen.

Verbandsvorsitzender Dismann erklärte, es sei selbstverständlich, daß er dem Rufe der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Folge leiste und alles tun werde, um dem hungernden Rußland zu helfen. Selbstverständlich sei es aber auch, daß alle gesammelten Gelder abgeführt würden an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam. (Lebhafte Zustimmung.) Von dort aus haben wir die Gewähr, daß die Gelder auch die Verwendung finden, die wir für richtig halten. Der Verbandstag überwiegt den Antrag der Rechnungskommission und dem Vorstand zur weiteren Beratung. Hierauf wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt.

Kleine Nachrichten

Seibronn. Der Jüngling, der kürzlich auf der Spitze des Pfankstums einen Handstand produzierte, wurde nun von der hiesigen Polizei wegen groben Unfugs zu 25 M Geldstrafe verurteilt.

Möschingen. Eine Lebensmüde Greisin. Die 87jährige Margareta Blua aus Beilose ließ sich von dem Nebenbahnzug 3 Brudenau-Josau überfahren und war sofort tot.

Kreuznach. Der Schriftleiter des sozialdem. „Mafelboten“ wurde vom französischen Polizeigericht in Trier wegen eines Artikels, durch den sich die Betatungsbehörde beleidigt fühlte, zu 16 Tagen Gefängnis und 1500 M Geldstrafe verurteilt.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 16. September.

Geschichtskalender

16. Sept. 1910 Internationaler Heimarbeiterkongress zu Brüssel. — 1913 Internationale Gewerkschaftskonferenz in Zürich. — 1919 Kuffländer in Kgypten gegen England.

Nebenarbeit der Arbeiter

Die Arbeitnehmererschaft beschwert sich seit der Einführung des Achtstundentages des öfteren darüber, daß die Arbeiter noch Ableistung ihrer Arbeit an der Arbeitsstätte noch Nebenarbeiten ausführen. Die Gewerkschaften haben im allgemeinen dazu die Stellung eingenommen, daß es tatsächlich unsozial ist, wenn Arbeiter auf diese Weise den Achtstundentag umgehen und Arbeitslosen auf diese Weise ihr dürftiges Brot wegnehmen.

Zum 75. Stiftungsfest des Arbeitergesangvereins Maschinenbauers „Sängertranz“ hat bekanntlich Gesangsgenosse Reuter eine prächtige Lyra verfertigt, die aus ca. 16.000 selbst gemachten und imprägnierten Käfern besteht.

Anlässlich seiner 75. jährigen Jubelfeier veranstaltet der Verein am Samstag abend 8 Uhr in der Festhalle ein großartig angelegtes Konzert, das ein wahrer Kunstgenuss zu werden verspricht.

Arbeiter-Abstinenzbund. Am kommenden Montag, abends 8 Uhr, findet im Gaudertheater der Hebeschule (Eing. Kreuzstraße) ein Vortrag statt über „Alkohol und Kindererziehung“.

Postverkehr mit Oberschlesien. Die bisher als alleinige Ausnahme noch bestehende Beschränkung der Wertgrenze bei Briefen und Paketen nach einem Teil von Oberschlesien wird aufgehoben.

Von der neuen Fernsprechanlage. Nach der neuen Fernsprechanlage werden künftig bei der Zahlung der Ortsgebühren nicht aufgezählt: Verbindungen, die nicht zustandkommen, weil die angerufene Sprechstelle nicht antwortet oder besetzt ist, Anmeldezeiten von Ferngesprächen und Gespräche mit Fernsprechtischstellen (Störungsstellen, Auskünfte, Beschwerden und Aufschichtstellen der Orts- und Fernämter) in Angelegenheiten des Fernsprechtreibes.

Besichtigung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Karlsruhe durch die Interalliierte Kontrollkommission. Gestern wurde von dem Vorsitzenden der Interalliierten Kontrollkommission General Koller, mit mehreren Offizieren eine Besichtigung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik vorgenommen.

Die Ursache des Eisenbahnunfalls bei Wazau ist, wie gemeldet wird, darauf zurückzuführen, daß durch den niederen Wasserstand die Auffahrt an das Ufer sehr steil war. Hierbei sprang ein leerer Rangholzwagen aus dem Gleise, wodurch auch zwei andere Wagen von den Schienen geschleudert wurden.

Stadtgartenkonzert. Das bestens bekannte Landhäuserische Männer-Quartett aus Mannheim (6 Sänger) wird kommenden Sonntag, den 18. ds. Mts. im Nachmittagskonzert der Feuerwehrtabelle im Stadtgarten den Besuchern des Gartens mit einem ausserordentlichen Programm gastieren.

Landestheater. Für die Aufführung des „Meffa“ (Goethes „Faust“ in ursprünglicher Gestalt) war vor allem die Erwägung mitbestimmend, daß eine Neueinstudierung auch des ersten und zweiten Teil des vollendeten „Faust“ in der diesem Spieljahr sich anschließenden Theaterperiode in Aussicht genommen ist.

In der hiesigen Erstaufführung, die heute Freitag unter Leitung von Felix Baumbach stattfand, wirkten die folgenden Darsteller mit: Robert Würlner — Faust; Felix Baumbach — Geist; Paul Gemmede — Wagner; Robert Fiß — Student; Ulrich von der Trend-Altici — Mephistopheles; Stefan Dahlen — Krosch; Paul Müller — Brander; Hugo Höder — Siebel; Max Schneider — Altes; Adele Kreuznach — Margarethe

(Greigen); Margarethe Fiß — Marthe; Alwine Müller — Biesgen; Melanie Ermarth — Wäfer Geist; Paul Paschen — Valentin. — Die für die Bühnenbilder maßgebende Inszenierungsarbeit wurde von Emil Burlard durchgeführt, die Kostüme von Margarete Schellenberg ausgewählt. Anfang der Vorstellung: 7 1/2 Uhr.

Am Samstag, 17. Sept., werden die unter dem Gesamttitel „Kuffländer Komödienabend“ zusammengefaßten Sinfaker „Die Spieler“ von Bogol, „Die Kuffler der Seele“ von Foreinoff und „Der Heiratsantrag“ von Tschewo wiederholt, deren Auführungen in der vergangenen Spielzeit eine so ausgezeichnete Aufnahme fanden.

Kollosteum. Heute Freitag, den 16. Sept., abends 8 Uhr, beginnt ein neues Parteiprogramm für die zweite Hälfte September. Die engagierten Kunstkräfte sind aus der heutigen Anzeige ersichtlich.

Valuta-Bericht vom 14. September

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 5.35 Cts. Auszahlung Holland 24.33 M per holl. Gulden. Schweiz 18.95 M per schw. Fr. England 408 M per Pfd. Sterl. Frankreich 7.63 M per frz. Fr. Neupol 100% M per Dollar

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 15. September 1921

Von Westwaha breitet sich wieder ein Hochdruckgebiet über das Festland aus, so daß das heitere, trockene und warme Wetter fort dauert.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 100 Zentimeter, gef. 5 Zentimeter; Rehl 106, gef. 9; Wazau 358, gef. 12; Mannheim 399 gef. 13.

Aus dem Lande

D. Mannheim, 15. Sept. (Selbstmord.) Auf dem Lindenhof hat sich gestern nachmittag, vermutlich aus Diebstahlsgründen, ein 24 Jahre alter lediger Sänger in seiner eierförmigen Wohnung erschossen. — Am Montag brach sich ein in der Jankirationsstraße wohnhafter 47 Jahre alter Mann in seiner Wohnung aus Schwermut einen Pistolenschuß in der Herzgegend bei. Lebensgefährlich verletzt wurde er ins Krankenhaus verbracht.

D. Emmendingen, 15. Sept. (Töblicher Unfall.) Ein 2 1/2 Jahre altes Kind rief sich einen Kopf mit heißer Milch vom Kopf, wobei es so schwere Verwundungen erlitt, daß es an den Verletzungen starb.

D. Kollnau, 15. Sept. (Ein Rubeufall.) Hier wurde in der Turnhalle des Turnvereins Kollnau-Gurach ein Ferkel eingedrückt — sogar das Leder des Turnpferdes gestohlen. Das Leder wurde vollständig abgetrennt, wodurch der Ferkel einen Schaden von etwa 3000 M erlitt.

D. Wellingen, 15. Sept. In einer Versammlung der Arbeitgemeinschaft der landwirtschaftlichen Organisationen des Bezirks Wellingen wurde eine Entschließung angenommen, wonach die freiwillige Karosofflagge für die Armen der Städte zum halben Marktpreis befürwortet wird.

D. Münstertal-Becken. (Selbstmord.) Auf der Weidenhöhe wurde am Dienstag nachmittag die Leiche eines 20-jährigen Mannes aus Hellingen (Amt Vörsach) aufgefunden.

Neustadt, Schwarzwaldb., 15. Sept. Raubüberfall. Ein Raubüberfall wurde vorgestern abend auf der Straße von Rutenbach nach Neustadt gegen den Führer eines Bierfuhrwerkes verübt. Zwei Streifenräuber, denen bekannt war, daß das Bierfuhrwerk des Herrn Biesch eine größere Summe mit sich führte, brachten mit vorgehaltener Revolver das Fuhrwerk zum Stehen.

Aus dem Donautale, 15. Sept. Neues Kraftwerk. Ein neues Kraftwerk umweit der Murrkapelle haben die Könige des Klosters Beuron errichtet, das Beuron mit Licht und Kraft versorgt.

Rekte Nachrichten

Verhandlungen der Reichsregierung mit Industrie, Finanzkapital u. Landwirtschaft

Die Industrie wünscht Vertretung in der Reichsregierung

M. Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die erste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reichs.

M. Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden.

M. Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden.

M. Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden.

M. Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden.

M. Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden.

M. Berlin, 16. Sept. Halbamtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstanzlers haben in den letzten Tagen mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden.

markt gleichzeitig Einhalt zu tun. Man erhofft außerdem von diesem Akte der Industrie eine Entlastung der sehr durch die fortgesetzten Devisenaufkäufe im Reich geschaffenen katastrophalen Lage der deutschen Baluta. Bei den Beratungen wurden im übrigen von den Vertretern der Industrie zum Ausdruck gebracht, daß die Industrie eine Vertretung der feigen Regierungskoalition für dringend notwendig erachte, damit namentlich auch die Kreise der deutschen Wirtschaft angesichts der bevorstehenden Leistungen für das Reich, innerhalb der Reichsregierung vertreten seien.

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen

M. Berlin, 15. Sept. Ein Teil der wirtschaftlichen Sanktionen ist heute tatsächlich nicht aufgehoben worden. Das Pariser „Journal“ behauptet, weil Deutschland die Wünsche der Alliierten abgelehnt habe. In Wahrheit verhält es sich aber so, daß auf die Note des Obersten Rates Deutschland in einer Note geantwortet hat, worin einige Fragen der Entente angenommen und über die andern Verhandlungen erbeten wurden.

M. Berlin, 15. Sept. Ein Teil der wirtschaftlichen Sanktionen ist heute tatsächlich nicht aufgehoben worden. Das Pariser „Journal“ behauptet, weil Deutschland die Wünsche der Alliierten abgelehnt habe.

M. Berlin, 15. Sept. Ein Teil der wirtschaftlichen Sanktionen ist heute tatsächlich nicht aufgehoben worden. Das Pariser „Journal“ behauptet, weil Deutschland die Wünsche der Alliierten abgelehnt habe.

Die saarländischen Sozialdemokraten für die deutsche Republik

M. Saarbrücken, 15. Sept. In einer Vollversammlung sprach gestern vor etwa 5000 Zuhörern aller Bevölkerungsklassen der frühere Abgeordnete der Nationalversammlung, Schäfer, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die am 14. September im Saalbau von Tausenden besuchte Vollversammlung vertritt aufs schärfste die Wünsche der Reichsregierung, in Deutschland wieder zur Herrschaft zu kommen.

M. Saarbrücken, 15. Sept. In einer Vollversammlung sprach gestern vor etwa 5000 Zuhörern aller Bevölkerungsklassen der frühere Abgeordnete der Nationalversammlung, Schäfer, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes.

M. Saarbrücken, 15. Sept. In einer Vollversammlung sprach gestern vor etwa 5000 Zuhörern aller Bevölkerungsklassen der frühere Abgeordnete der Nationalversammlung, Schäfer, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes.

Tiefster Stand der polnischen Mark

Paris, 15. Sept. Gestern hat die polnische Mark den tiefsten Stand erreicht. Für 100 polnische Mark wurden nur 10 Schweizer Centimes bezahlt. Auch an der Pariser Börse hat die polnische Mark einen Rekord erreicht. Für einen Franken zahlte man 389 polnische Mark. Diese Entwertung wird mit dem Stand der oberösterreichischen Frage in Zusammenhang gebracht.

Zum nordfranzösischen Streik

M. Lille, 15. Sept. Das Streikkomitee Nordfrankreichs ist nach einer Meldung des „R. L.“ gestern nacht um 10 Uhr zu einer Beratung über die Lage zusammengetreten. Das Ergebnis der Sitzung ist noch nicht bekannt. Der gestrige Tag ist im Streikgebiet ruhig verlaufen. Auch in Lille hat gestern die Gasabgabe vollständig aufgehört. Mit den Streikenden finden zur Zeit noch Verhandlungen statt, in denen die Arbeiterführer zu der Lage sprechen.

M. Lille, 15. Sept. Das Streikkomitee Nordfrankreichs ist nach einer Meldung des „R. L.“ gestern nacht um 10 Uhr zu einer Beratung über die Lage zusammengetreten.

M. Lille, 15. Sept. Das Streikkomitee Nordfrankreichs ist nach einer Meldung des „R. L.“ gestern nacht um 10 Uhr zu einer Beratung über die Lage zusammengetreten.

Die Vorgänge in Bayern um die Neubildung der Regierung

München, 16. Sept. Der Verleihenaustrich des Landtags hat die Einberufung des Landtags auf nächsten Mittwoch beschlossen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerspräsidenten.

M. München, 16. Sept. Nach einer von den Münchener Neuesten Nachrichten wiedergegebenen Korrespondenzmeldung beruft die Bayerische Volkspartei für nächsten Montag ihren mehreren hundert Mitglieder umfassenden Landesauschuss ein.

M. München, 16. Sept. Nach einer von den Münchener Neuesten Nachrichten wiedergegebenen Korrespondenzmeldung beruft die Bayerische Volkspartei für nächsten Montag ihren mehreren hundert Mitglieder umfassenden Landesauschuss ein.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Philipp Fischer von Schwannheim, Geleiter des Reiter-Regts. 18 in Ludwigsburg, mit Frieda Speck von hier. Peter Glasner von Dombach, Verm. Sekr. hier, mit Anna Sänger von hier. Wilhelm Gausweiler von hier, Metallschleifer hier, mit Olga Maschke von Durmerheim. Johannes Seip von Falken-Gesäß, Waghalter alda, mit Laura Rupp von Eberbach. Georg Gerberl von Heidelberg, Kaufm. hier, mit Maria Schöndorfer von Straßburg. Otto Bornmann von Duntentafel Leutnant a. D. hier, mit Verika Riede von hier. Johann Stähle von Grumbach, Bahnarbeiter hier, mit Aina Holzer Witwe von hier. Valentin Kreiner von hier, Polizeiwachmeister hier, mit Emilie Seip von Offenbach.

Eheaufgebote. Philipp Fischer von Schwannheim, Geleiter des Reiter-Regts. 18 in Ludwigsburg, mit Frieda Speck von hier. Peter Glasner von Dombach, Verm. Sekr. hier, mit Anna Sänger von hier.

Eheaufgebote. Philipp Fischer von Schwannheim, Geleiter des Reiter-Regts. 18 in Ludwigsburg, mit Frieda Speck von hier. Peter Glasner von Dombach, Verm. Sekr. hier, mit Anna Sänger von hier.

Eheaufgebote. Philipp Fischer von Schwannheim, Geleiter des Reiter-Regts. 18 in Ludwigsburg, mit Frieda Speck von hier. Peter Glasner von Dombach, Verm. Sekr. hier, mit Anna Sänger von hier.

Eheaufgebote. Philipp Fischer von Schwannheim, Geleiter des Reiter-Regts. 18 in Ludwigsburg, mit Frieda Speck von hier. Peter Glasner von Dombach, Verm. Sekr. hier, mit Anna Sänger von hier.

Eheaufgebote. Philipp Fischer von Schwannheim, Geleiter des Reiter-Regts. 18 in Ludwigsburg, mit Frieda Speck von hier. Peter Glasner von Dombach, Verm. Sekr. hier, mit Anna Sänger von hier.

DEGEAS Spar-Glühkörper. 25% Gasersparnis. Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch. Bestes Erzeugnis der Auerlicht Gesellschaft, Berlin O. 17

ten der Bayerischen Volkspartei neuerdings Meinungen zutage treten, Herrn von Nehr zur nochmaligen Übernahme des Präsidentenpostens zu bewegen.

München, 15. Sept. Die Bayerische Volkspartei veranstaltet morgen sieben öffentliche Versammlungen, um zu der Lage zwischen Bayern und dem Reich Stellung zu nehmen. Unter anderem werden sprechen Staatsminister Schwab, Abg. Gieseler, Dr. Gortacher u. a.

Durch M. wird versucht, außerhalb Bayerns durch diese Meldung Stimmung für die Wiedererhebung zu machen: München, 15. Sept. Die „Münchener Zeitung“ meldet, daß eine große Volksbewegung für Ruhe in ganz Bayern eingeleitet habe, die sich in den Kundgebungen ausdrückt, die beim Ministerrat und Landtag aus Kreisen der bayerischen Koalitionsparteien eingelaufen sind.

Diese Volksbewegung wird sich auf die Kreise der ganz disziplinären Reaktionäre Bayerns beschränken.

Caillaux über den Friedensvertrag

Paris, 15. Sept. Der „Gleit“ veröffentlicht ein Interview, das Caillaux einem jüdischen Journalisten gewährt hat und das sich hauptsächlich mit dem Friedensvertrag befaßt. Caillaux äußerte etwa folgendes: Wenn ich das wirtschaftliche und finanzielle Gebiet betrachte, dann kann ich erklären, daß der sogenannte Friedensvertrag von Versailles in der Tat den Wirtschaftskrieg in die ganze Welt einführt. Das scheint mir den ganzen Vertrag aufs Schärfste zu charakterisieren, wenn ich mich ganz klar ausdrücken will. Dadurch erscheint mir der Versailles Vertrag nicht als ein mittelmäßiger Waffenstillstand und nicht als ein Friedensvertrag. In dem Augenblick,

wo Clemenceau die Macht ergriffen hat, triumpfierte der Nationalismus. Sie wissen genau so gut wie ich, daß der frühere Ministerpräsident mit ganz reaktionären Banden einen Vertrag geschlossen hat. 1917 ist er vollkommen ihr Gefangener geworden, indem er fröhlich den Interessen einer fremden Macht dienete, mit der er, wie jeder weiß, verbunden war. Wie kann der Friedensvertrag von Versailles etwas anderes sein, als der Ausdruck des Triumphes Englands und des französischen Nationalismus.

Vom Völkerbund

Genf, 15. Sept. Der norwegische Delegierte Lange hielt in der heutigen Völkerratsitzung eine ausführliche Rede über die Abrüstungsfrage. Er tadelte lebhaft die Untätigkeit des Völkerbundes, der die von der alliierten Versammlung geforderten Erhebungen nicht ange stellt habe. Lange erklärte, es sei unzulässig, daß diese Frage der permanenten militärischen Kommission anvertraut werde, die sich aus Militärvertretern der verschiedenen Kriegsmächte zusammensetze. Es sei selbstverständlich, daß in einer solchen Kommission nicht der Völkerbund, sondern vor allem militärischer Geist zum Ausdruck kommen müsse, von dem man keine Förderung der Abrüstungsangelegenheit erwarten könne.

Der griechische Delegierte Frangulis hielt eine lange, mit großem Beifall aufgenommene Rede über die allgemeinen Probleme des Völkerbundes, die albanische Frage und die Lage im Orient. Er sprach sich für eine möglichst große Erweiterung des Völkerbundes aus, forderte, daß die Delegierten nicht ihre eigenen Länder, sondern die ganze Menschheit vertreten. Er betonte die Ansprüche Griechenlands auf Korkeiros und sagte, daß Griechenland unbedingt den schwersten Kampf gegen die Türken durchzuführen müsse. Griechenland müsse allein das große Werk im Orient vollenden.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kabele; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giffels; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

- Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 18. Sept. Wanderung nach dem Rotkopf. Abm. 8 Uhr Tivoli, Ruppurrerstraße. Die Besichtigung der Heidelberger Sternwarte findet umfänglich später statt. Montag, 19. Sept., Führerführung mit Vortrag „Wie liest man eine Karte?“ 6018
- Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.) Am Samstag, 17. Sept., gesellige Zusammenkunft im Lokal. Sonntag, 18. Sept., 10 Uhr Ausfahrt der Jugendabteilung. 2 Uhr Vereinsausfahrt. Treffpunkt jeweils Kriegerdenkmal. 6020
- Karlsruher Radfahrer-Weh. Heute abend punkt 8 Uhr Singstunde. Am pünktlichen Erscheinen bittet 6025 Der Vorstand.
- Gaggenfeld (Soz. Verein.) Mitgliederversammlung. Sonntag, den 18. Sept., vormittags 9 Uhr, im „Hirsch“. Pünktliches Erscheinen erwünscht. 6015
- Brudersal. (Arbeitergesangverein Harmonie.) Wiederbeginn der Singstunde für den gemischten Chor heute abend 7 Uhr. Erscheinen aller Sängerinnen und Sänger Ehrensache. 6019
- Rehl. (Arbeiter-Radfahrerverein Frisch auf.) Am Samstag, den 17. September, abends 8 Uhr, findet in der „Vereinshaus“ außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. 5995

Colosseum

Ab heute das neue Sport-Variété-Programm täglich abends 8 Uhr.

Sonntags zwei Vorstellungen 4 und 8 Uhr.

J. Morie, Jongleur mit eigen. Schöpfungen
4 Salveres, lebende Rokoko-Gemälde
Ferry Raga, Violin-Virtuose
Margarete Lorraine, Hundedressur

Carl Morke, der Weltmeister
Morandis mit ihrem Patentkoffer
Charly Masch, Komiker und Blützdichter

Heute tiefen Preis ab zur Erneuerung IV. Klasse der Preuß.-Höhd. Staatslotterie. Außerdem sind Staffelei erhältlich

Ludwig Götz, Bad. Lotterie-Einnehmer, Gebelstraße 11 B. Matfank.

Pfannkuch & Co.

Salatöl

reinschmeckend, hell
1/2 Liter 8.-
feine Qualität
1/2 Liter 9.-

Rüböl
1/2 Liter 8.-
frische
Tafel-Butter
in 1/2 Pfd.-Stücken
15.-
Eiweiß-Gold
(Wargartine)
1 Pfund
18.50
Ersatz für teure Butter

Pfannkuch & Co.

Salatöl

in Flaschen
glanzhell, besonders
behandelt und
filtriert
1/2 Liter-Flasche
16.50
1/2 Liter-Flasche
12.-
1/2 Liter-Flasche
9.75
1/2 Liter-Flasche
7.25
einschließl. Glas.
Unsere besten Delikatessen werden
mit Markt 2.-
bzw. Markt 1.-
per Stück zurück-
genommen.

Pfannkuch & Co.

WELT-KINO Kaiserstr. 133

Nur wenige Tage! Das Doppel-Detektiv- und Abenteuer-Schlager-Programm
Nic Carter! der berühmte Detektiv in
ERZGAUNER Detektiv-Schlager in 5 Akten
Rano Elchgrün als Nic Carter
Auserdem: Der grosse Abenteuerfilm 6008
Der Museums-Diebstahl Abenteuererschlager in fünf Akten

Bad. Landestheater.

Freitag, 16. Septbr., 7 1/2 bis geg. 10 Uhr, 12.-
Zum erstmalig:
Der Urfaust 2054
Goethes Faust in ursprünglicher Gestalt

Im Landestheater. Spielplanänderung. Sa. 17. * „Russischer Komödienabend. Die Spieler. — Die Kullissen der Seele.“ — „Der Heiratsantrag“ 7 (12.-) — So. 18. Neu einstudiert: „Die Königskinder“ 6 1/2 (20.-).

Im Konzerthaus. So. 18. * „So'n Windhund“ 7 (12.20).

Im Landestheater. Die 20. * „Die Jüdin“ 6 1/2 (17.-) (Theatergemeinde B.V.B. Nr. 501—700, 1001—1150, 1501—1650) 5 1/2 (12.-) — Fr. 24. * „Fidelio“ (Theatergemeinde B.V.B. Nr. 1—400, 7 (17.-) — Sa. 24. * „Die versilberte Braut“ 7 (12.-)

Musikfest in der Karlsruher Herbstwoche. Sa. 24. Im Konzerthaus. I. Abend. Badischer Tonlichterabend 7 1/2 (5—12) — Im Landestheater. So. 25. vorm. 11 1/2 im Zuschauerraum. Veranstaltung des Theaterkulturverbands. Vortrag von Prof. Franz Schreker, Direktor der Staatl. akad. Hochschule für Musik in Berlin über seine Oper „Der Schatzgräber“, Rezitation der Dichtung und Einführung in die Musik (6.-). Für Mitglieder des Theaterkulturverbands und I. haben v. Eintrittskarten zum Zeitgenössischen Komponistenabend in der Festhalle halbe Preise. Abends 6 Uhr „Lohengrin“ (25.-)

In der Festhalle. Die 27. Musikfest in der Karlsruher Herbstwoche. II. Abend. Zeitgenössischer Komponistenabend 7 (6—30) — Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortrag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/2, 4—6 Uhr); zu „Don Carlos“ und „Fidelio“ sind noch Karten aller Gattungen, aber nur an der Vorverkaufsstelle des Landestheaters zu haben.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 17., nachm. 1/4—3 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 19. an. 2003

Inhalatorium des alten St. Vincentius-Krankenhauses

(Eingang Karlstraße im Marienhäus)
ist eröffnet 5997
Inhalationen bis auf weiteres in den Vormittagsstunden zwischen 9 und 12 Uhr.

Kirchweih Durlach-Aue.

Sonntag, den 18., und Montag, den 19. September 1921 findet die allbekannte Kirchweih in Durlach-Aue statt. Für gute Bewirtung ist von den Mitgliedern des Wirtvereins Durlach in jeder Hinsicht bestens gesorgt. Also auf zur Kerwe nach Zeltgebäck!

Der Wirtverein Durlach-Aue.
NB. Bei den nachfolgenden Mitgliedern findet an beiden Tagen bei gut besetztem Dreßfester jeweils von nachmittags 3 Uhr an

Öffentliche Tanzmusik

A. Walzer, zum „Grünen Hof“
S. Kappeler, zur „Krone“
S. Klenert, zum „Adler“ (Aue)
Fr. Mannberg, zur „Blume“
C. Ohler, zum „Waldhorn“ (Aue)
C. Bauner, zum „Roten Löwen“

Städt. Freibank.

Fließhabgabe 2004
Samstag, 9 bis 10 Uhr: Nr. 920—1000.
Mittwoch, 9 bis 10 Uhr: Nr. 1001—1200.

Tanz-Lehr-Institut Braunagel

Nowacksanlage 13
Einmalunterricht jederzeit
Anfang September
Beginn neuer Kurse
moderater Preis
für Vorgesessenen
u. Kurse f. Anfänger.
Geft. Anm. jed. J.

Kaufmann, Kaufmann.

Verkauf von
Alt- u. Möbel
Besichtigung ohne Kauf-
zwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Geschäfts-Empfehlung

Empfehle mich im Anfertigen von Herren- und Knabenkleidern, sowie Änderungen und Reparaturen aller Art bei mäßigen Preisen.
Herren-Anzüge nach Maß von 700 Mk.
Herren-Unter und Paletots von 500 Mk. an
bei guter Bedienung und sauberer Arbeit.
Karl Knobloch, Herrenschniderei,
Nulfstr. 1 a, Mühlburg, (Eing. Sofientstr.)

Becht-heimer Weißwein

1 Liter Mark 10.—
1/2 Liter Mark 2.50
mit Steuer, empfiehlt
E. L. Sickingen
35 Marienstr. 35
Telephon 5144. 6003

Arbeits-Anzüge

Einige neue u. getragene
Arbeits-Anzüge
von Mk. 120.— bis 200.—
Große Auswahl in Herren-
Arbeitskleidern. Verschied.
Winkel sehr billig abzu-
geben bei Axelrad,
Eisenbahnstraße 32, II.
Preis 5890

Strickwolle

1/2 Pfund 9.50 Mark
Günstige Gelegenheit für
Wieder-Käufer.
Englmann,
Kamprechtstraße Nr. 27

Garten

mit Düfte und
Wasserleitung
abzugeben.
Röhren unter Nr. 6010
an das Volksfreundbüro.

Gewaschen mit Dixin



Hersteller:
Henkel & Co
Düsseldorf

Mieter- u. Untermieter-Vereinigung

Karlsruhe (S.B.) Geschäftsst. Wögestr. 51, v.
Drehschinde täglich 6—7 Uhr.
Mittwoch abend v. 8—9 Uhr Unter den Eichen, Poststr.

Theodor Zenker

Kaisersstr. 61
gegenüber der
Hochschule
Hüte
Mützen
Schirme
Stöcke
Mützen-
macherei
Sport-
Artikel
Um-
formen
alter
Hüte
Hut-
macherei

Durlacher Anzeigen.

Mieter-Vereinigung Durlach.
Samstag, den 17. September 1921, abends
8 Uhr im „Lamm“-Saale 6021

Berichterstattung vom
Deutschen Mietertag
In dieser hochinteressanten Versammlung erwar-
tet das Erscheinen Aller Der Vorstand.

Kastatter Anzeigen.

Dehmdgras-Versteigerung
am Samstag, den 17. September, abends
5 Uhr, 5 Lose mit Zusammenkunft am Mo-
rtertag. 2057

Kastatt, den 14. September 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Dung-Versteigerung
im Schlachthaus am Samstag, den 17. Sep-
tember ds. Js., vormittags 1/2 12 Uhr. 2058
Kastatt, den 14. September 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Lesen Sie bevor Sie Garten und Hof bestellen

Lehrmeister-Bücherei
Ertragreiche Geflügel-
zucht.
Staub-Bienenzucht mit
selbstgestrigtem Brut-
apparat (365/6)
Geflügelkrankheiten (32/4)
Die Beseitigung des Ge-
flügelstichers (75)
Ruhbringende Hühner-
zucht (225/6)
Landwirtschaftliche Ge-
flügelzucht (95/6)
Rugentzucht (263/4)
Gänsezucht (202)
Unsere Rauhhauben (50)
Hierzugeflügel (190)
Natürliche Brut und Auf-
zucht der Rassen (265)
Künstliche Brut und Auf-
zucht (130)
Falkenjagd (331/21)

Jedes Bändchen mit zahl-
reichen anschaulichen Ab-
bildungen.
Jede Nummer Mk. 1.20
mit 10% Kleinhandels-
zuschlag.

Zu beziehen durch die
Vollständigenbuchhandlung bei
Soz. Partei Karlsruhe
Aberstraße 16.

Ein gut erhaltener Rahmenbau

zu kaufen gesucht. Off. mit
100 an d. Volksfreundbüro

Sunge Schnauzer

billig abzugeben
Berberstr. 28, 3. Et. 113.

Pfannkuch & Co.

Feinestes Salatöl

in Flaschen
glanzhell, beson-
ders behandelt und
filtriert
1/2 Liter-Flasche
16.50
1/2 Liter-Flasche
12.-
1/2 Liter-Flasche
9.75
1/2 Liter-Flasche
7.25
einschließl. Glas.
Unsere besten Delikatessen werden
mit Markt 2.-
bzw. Markt 1.-
per Stück zurück-
genommen.

Pfannkuch & Co.

Salatöl

in Flaschen
glanzhell, beson-
ders behandelt und
filtriert
1/2 Liter-Flasche
16.50
1/2 Liter-Flasche
12.-
1/2 Liter-Flasche
9.75
1/2 Liter-Flasche
7.25
einschließl. Glas.
Unsere besten Delikatessen werden
mit Markt 2.-
bzw. Markt 1.-
per Stück zurück-
genommen.

Pfannkuch & Co.

Salatöl

in Flaschen
glanzhell, beson-
ders behandelt und
filtriert
1/2 Liter-Flasche
16.50
1/2 Liter-Flasche
12.-
1/2 Liter-Flasche
9.75
1/2 Liter-Flasche
7.25
einschließl. Glas.
Unsere besten Delikatessen werden
mit Markt 2.-
bzw. Markt 1.-
per Stück zurück-
genommen.

Pfannkuch & Co.

Salatöl

in Flaschen
glanzhell, beson-
ders behandelt und
filtriert
1/2 Liter-Flasche
16.50
1/2 Liter-Flasche
12.-
1/2 Liter-Flasche
9.75
1/2 Liter-Flasche
7.25
einschließl. Glas.
Unsere besten Delikatessen werden
mit Markt 2.-
bzw. Markt 1.-
per Stück zurück-
genommen.

Pfannkuch & Co.
Kaufen Sie
Kaffee

vor derollerhöhung
roh, das Pfund
M. 18.—
M. 20.—
M. 25.—

aus eigen. Mühle
täglich frisch
gebrannt

22.—
25.—
28.—

in anderen
Originalpackungen

1/2 Pf. 6.50
1/2 Pf. 13.—

Mehrkaffee
1/2 Pf. 15.—

Pfannkuch & Co.
Kaufen Sie
Matrasen

werden gut
und billig
angearbeitet, sowie neu
angefertigt. Kammerer,
Wilhelmstraße 30.

Pfannkuch & Co.
Ein weiterer
Waggon
**Helvetia-
Marmeladen**

Zweifelhagen
5 Pf. 6.50
5 Pf. 32.50

Heidelbeer
mit Apfel
5 Pf. 6.50

Sohnnis-
beeren
mit Apfel
5 Pf. 6.50

32.50
Erdbeer
mit Apfel
5 Pf. 7.50

37.50
Apfelgelee
4 Pf. 7.—
10 Pf. 28.—
70.—

Pfannkuch & Co.

**Zentral-Verband
der Angestellten
Ortsgruppe Karlsruhe.**

Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstr. 18, Tel. 506
Sprechstunden täglich von 1 bis 5 Uhr,
Samstags von 11 bis 1 Uhr.

Freitag, den 16. ds. Mts. abends gleich
nach 6 Uhr im Saale des Hotel „Fried-
richshof“, Karl-Friedrichstraße

Versammlung
für unsere in Handel und Industrie be-
schäftigten Mitglieder.

Tagesordnung:
Die Verhandlungen mit den Arbeit-
geberverbänden.

Kollegen und Kolleginnen! Gestaltet die
Versammlung zu einer machtvollen Kund-
gebung und erscheint vollzählig.
Mitgliedsbuch ist vorzuzulegen.
Die Geschäftsleitung.

**Arbeiter-Lern- u. Sport-
Bund — 3. Bezirk.**

Morgen Samstag abend 6 Uhr findet im
„Kurgärtler Hof“ in Seelheim eine wichtige
Schiedsrichter-Konferenz
statt, wozu um pünktliches Erscheinen gebeten wird.
Der Schiedsrichtervorstand.

**Reichsvereinigung
ehemaliger Kriegsgefangener**
Bezirksgruppe Karlsruhe e. B.

Unsere Mitglieder laden wir hiermit zum dies-
jährigen
Vertretertag der R. E. K.
Landesgruppe Baden, freundlichst ein.
Beginn der Tagung, Samstag, den 17. ds. Mts.,
nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Adler“, Kar-
l-Friedrichstraße.
Abends 8 Uhr, Unterhaltungsabend, zu Ehren
der Gäste im „Edwenschen“, (Kaiser Wilhelm-Gasse).
Fortsetzung der Tagung, Sonntag Vormittag
im „Goldenen Adler“. Mitgliedskarten dienen als
Ausweis. Der Vorstand.

**Residenz-
Lichtspiele**
Waldstr. 30 Teleph. 5111

Sie haben:
„Der Mann ohne Namen“
gesehen,
Sie entsinnen sich noch an:
„Maciste“
Sie kennen die verblüffenden
Sensationen:
„Albertinis“
Jedoch:
Goliath Armstrong
stellt alle bisher dagewesenen
derartigen Episoden-Filme
buchstäblich in Schatten.
„Goliath Armstrong“
wurde von Amerika mit
„Der Mann ohne Namen“
ausgetauscht.
„Goliath Armstrong“
Der Herkules der Berge, ist
ein Original-amerikanischer
Sensations-Film in 6 Episoden
= 36 Riesenakten.
„Goliath Armstrong“
bringt tatsächlich noch nie da-
gewesene Sensationen; atem-
raubend von Anfang bis zu
Ende, gilt er als Rekord aller
internationalen Abenteuer- und
Sensations-Filme.
I. Teil:
„Das unheimliche Phantom“
ab Samstag, 17. Sept.
II. Teil:
„Eine fürchterliche Rache“
ab Samstag, 24. Sept.
III. Teil:
Das Haus d. tausend Gefahren
ab Samstag, 1. Okt.
IV. Teil:
„Das Opfer der See“
ab Samstag, 8. Okt.
V. Teil: „Dem Tode geweiht“
ab Samstag, 15. Okt.
VI. Teil: „Entlarvt“
ab Samstag, 22. Okt.

Auf Extratisch an der
Haupttreppe ausgelegt

**HERREN-
HÜTE**
moderne Formen
teils Haarqualitäten

**55—
Mk.**

Grosse Auswahl in gummierten u.
imprägn. Herren-Regenmänteln

KNOPE
Herrenartikel - Abteilung.

Zentralverband d. Hausangestellten Karlsru-
he.

Jeden Tag, mit Ausnahme von Samstag und Son-
ntag, nachmittags 1/2 bis 1/7 Uhr Sprechstunden im
Büro, Büttelstr. 16, Stb. III. 3189

Hausangestellte, Putz-, Wasch-, Monatsfrauen,
Hausmeister, Hausdiener benötigt die Sprechstunde.

Pfannkuch & Co.
frisch eingetroffen
feinstes
Weizenmehl
70%ige Ausmahlung
von 5 Pfund ab
Mark 3.50 p. Pfd.

Mudeln
das Pfund 7.00 ab
von Mark

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Farben
Spezial-
August Alt
empfiehlt sämtliche Farben
trocken und strichfertig sowie
Fasbodealacke u. Wachsolze
Kreuzstrasse 17, Telefon 2883

Wir suchen
Verkäuferinnen
zur Aushilfe
in unsere 6004
Spielwaren - Abteilung
Hermann Tietz

Karlsruher Herbstwoche 1921
Erste sportliche Veranstaltung.
Am 18. September 1921, nachmittags 1/2 3 Uhr
großes
Schau- und Wettschwimmen
im Vereinsbad des Karlsruher Schwimmvereins E. V.
beim Mühlen Krug.
Karlsruher Schwimmverein E. V.

Schwimmverein Neptun Karlsruhe.
Preise der Plätze: nummerierter Sitzplatz M. 3.—
Zweites M. 1.50
Kinder unter 14 Jahren M. .50

Mitglieder haben gegen Vorzeigen der Mitglieds-
karte und Lösen eines Programms freien Zutritt.
Vorverkauf: Auskunftsstelle des Vereinskassen-
Karlsruhe, Kaiserstraße 158.

Baubarlehen für private Neubauten betr.
Darlehensgesuche für Neubauten sind dem
Bürgermeisteramt so zeitig vorzulegen, daß die
Verbescheidung der Gesuche bis zum Zeitpunkt
des beabsichtigten Baubeginns erfolgen kann.
Neubauten, die vor der ordnungsgemäßen Er-
ledigung der Darlehensgesuche begonnen wurden
werden von der Stadtgemeinde grundsätzlich
nicht mehr bezuschußt.
Die eingereichten Baupläne werden auf ihre
Zweckmäßigkeit geprüft und im Falle von Bean-
standungen das Darlehen von der Aenderungs-
der Pläne abhängig gemacht. Im Doppelarbeit
zu vermeiden, ist es deshalb zweckmäßig, daß der
Bauherr und sein Architekt die Entwurfspläne
mit dem Wohnungsamt Abt. III für Woh-
nungsbeschaffung, welches mit der Bearbeitung
der Baubarlehen beauftragt ist, bespricht, bevor
die Baupläne angefertigt werden. 2059
Karlsruhe, den 14. September 1921.
Der Bürgermeisteramt.

Gewerbeschule Karlsruhe
(Gewerbliche Fachschule).
A. Pflichtschule.
Wiederbeginn des Unterrichts:
Montag, 12. September 1921.
B. Freiwilliger Schulbesuch.
I. Erweiterte Fachkurse.
Es ist beabsichtigt, folgende Kurse einzu-
führen:
1. Altzeichnerkurs.
2. Arithmetik-Kurse für Anfänger und Fort-
geschrittenen.
3. Wälterkurs für Maurer und Zimmerer.
4. Zeichnerkurs für Schreiner. Prakt. Übungen
in der Holz-, Metall-, Leder- und Po-
lierkunst.
5. Buchführungskurse (auch für Frauen und
Töchter von Handwerksmeistern).
6. Fachtheoretische und praktische Kurse für
Buchdrucker (Setzer und Drucker).
7. Fachtheoretische Kurse für Blechner und
Installeteure.
8. Fachzeichnenkurse nach Berufen getrennt.
9. Freihandzeichnenkurse.
10. Garnier- und Modellierkurs für Kon-
ditoren.
11. Glas- und Vergoldkurs für Maler,
Anstreicher und Glaser.
12. Kurse für Handvergolden, Pressver-
golden und Marmorieren (Steiner- und
Kunstverfahren).
13. Zeichnerkurs.
14. Holz- und Marmor-Malkurse für Maler
und Anstreicher.
15. Kunstgewerblich. Zeichenkurs für Litho-
graphen, Steinbruder und verwandte
Berufe.
16. Kunstschmiedekurs (prakt. Unterricht für
Schlosser).
17. Leimfarben-Malkurs für Dekorationsmaler,
18. Maschinenkurs.
19. Metalltreiberkurse für Kunstgewerber,
Schlosser, Blechner und Kupferschmiede.
20. Metallfarbkurse.
21. Plakat- und Schriftzeichnerkurs.
22. Schwachstromkurs mit praktischen In-
stallationsübungen für Elektrotechniker,
Mechaniker, Monteur und verwandte
Berufe.
23. Stickerkurs für Schriftsetzer.
24. Starstromkurs für Elektrotechniker und
Monteur.
25. Stahler- und Eisenbetonkurs für Bau-
techniker.
26. Volkswirtschaftlicher und sozialer Bil-
dungskurs für die Angehörigen aller
Berufe.
27. Zuschneidekurs für Herren- und Damen-
schneider.
28. Zuschneidekurs f. Damenschneiderinnen.
Auf Antrag können bei genügender Beteili-
gung auch hier nicht angeführte Kurse einge-
richtet werden.
Die Vorstände der Fachvereine, Gewerkschaf-
ten und Gewerbevereine etc. werden gebeten,
nach vorheriger Anhörung ihrer Mitglieder bei
Bedürfnis entsprechende Anträge bei der Direk-
tion zu stellen.
II. Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung.
(Nach Berufen getrennt).
III. Meisterfortbildungskurse.
Daneben der unter I. bis III. angeführten
Kurse: 17. Oktober 1921 bis Mitte März 1922.
Das Unterrichtshonorar beträgt je nach Art des
Kurses 50 bis 90 Mark und ist spätestens 14
Tage nach der Anmeldung zu zahlen. Schluß
der Anmeldungen 1. Oktober 1921.
IV. Fachschulen.
1. Blechner- und Installateur-Fachschule.
2. Fachschule für Elektro-Installeteure und
Monteur. 2001
Unterrichtsbeginn 3. Oktober.
Beitrag Auskunst erteilt
Die Direktion, Adlerstraße 2A

Pfannkuch & Co.
Kaufen Sie
Tee

vor derollerhöhung
ausgewählte
Sorten in Java
Orange Pekoe,
Scented Pekoe,
Darjeelings

22.—
28.—
32.—
35.—

reinschmeckende
Mischungen in
unseren Packungen

20 gr.-Paket
M. 1.40
50 gr.-Paket
M. 3.50
M. 4.—
100 gr.-Paket
M. 7.—
M. 8.—
125 gr.-Paket
M. 8.—
M. 10.—

Mehrmerte
in den bekannten
Original-
Packungen

Pfannkuch & Co.
Kaufen Sie
Strickarbeit

wird angenommen
Zeilstr. 21, Stb. III

Pfannkuch & Co.
Kaufen Sie
Kakao

vor derollerhöhung
garantiert
rein in unseren
Packungen

1/2-Pfund-Paket
M. 4.—
M. 4.50
M. 5.50

1/2-Pfund-Paket
M. 8.—
M. 9.—
M. 11.—

Pfannkuch & Co.
Kaufen Sie
Bwieback

in Paketen
Paket 1.90
Paket 2.50

**Helvetia-
Con-
fitüren**

in 1-1/2 Pf.-Gläsern
in verschiedenen
Preislagen.

Pfannkuch & Co.